

rundschreiben
03/26

mi
medias international

Kamikaze

Europa rüstet auf | 25 Jahre War on Terror |
Venezuela nach den Erdbeben

Auf einen Blick

medico-rundschreiben 03/26

4 Editorial

DER LEITARTIKEL

- 6 **Friede den Privilegierten?**
Europa muss den eigenen
Bedeutungsverlust anerkennen



SCHWERPUNKT: DIE ZEITENWANDLER

- 12 **Grenzen machen Leute**
Wie sich der Krieg überall
einnistet. Ein Bericht aus
Osteuropa
- 20 **Ohne uns**
Appell für einen Ausstieg aus
der Logik des Krieges
- 22 **Resilient, robust, bereit?**
Zwei Einblicke in die deutsche
Aufrüstung von Körper und Geist

Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
60314 Frankfurt am Main
Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002
info@medico.de
www.medico.de

Redaktion:
Mario Neumann (verantw.),
Tsafrir Cohen, Moritz Krawinkel,
Christian Sälzer, Karoline Schaefer,
Anita Starosta
Gestaltung und Bildredaktion:
Andrea Schuldt
Korrektorat:
Silke Weidner
Fotos der Autor:innen:
medico, privat

September 2026

Das medico-rundschreiben ist
auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

28 Projekte / Projektionen

Menschenrechte in Kenia, Kurdische Gefangene in der Türkei, Weltsozialforum in Benin



DAS INTERVIEW

52 Die Ziele waren immer unklar
Gespräch mit Emran Feroz über
25 Jahre War on Terror und den
Krieg in Afghanistan

58 **medico aktiv**
Gesundheit für alle, Stiftungs-
symposium, Zapatistische Klinik
in Mexiko

60 **Spenden & Stiften**
...und Bestellen & Verbreiten

62 **Von nun an ging's bergab**
Letzte Seite: Das medico-rund-
schreiben vor 25 Jahren

30 **Wer hat dich bloß so ruiniert?**
Haiti: Über das Scheitern der
Hilfe und die Brutalität der
neuen Welt

36 **Die Amabutho sind zurück**
In Südafrika eskaliert die
Gewalt gegen Migrant:innen
und Minderheiten

40 **Immer noch da**
Palästinenser:innen im Süden
des Libanon

DIE REPORTAGE

44 **Wie man teilt, was man nicht hat**
Venezuela nach den Erdbeben
- und inmitten der Geopolitik

Wir haben keine einfachen Antworten, wie man in Europa von jetzt auf gleich Sicherheit schaffen kann, die für alle gilt. Diejenigen, die mit schwerem Gerät und großem Getöse herumhantieren, haben allerdings auch keine.

Liebe Leser:innen,

„Lassen Sie mich noch deutlich machen: Wir befinden uns nicht im Krieg, aber wir sind tägliches Ziel hybrider Kriegsführung.“ Mit diesen Worten beendete Bundesinnenminister Alexander Dobrindt sein Statement auf der gemeinsam mit Außenminister Johann Wadephul abgehaltenen Pressekonferenz zum gescheiterten Leipziger Drohnenanschlag. Nachdem er die Erkenntnisse der Bundesregierung über eine russische Urhebererschaft vorgestellt und in die allgemeine Lage eingeordnet hatte, war besonders sein letzter Satz eine offenbar notwendige Klarstellung. Die Lage ist ernst, das war den beiden Ministern deutlich anzumerken. Mindestens so ernst, dass es mittlerweile nötig ist, nach einem Pressestatement klarzustellen, dass Deutschland sich nicht im Krieg befindet. Noch nicht.

Statt Pragmatismus herrscht Kamikaze. Der Löwenanteil, den die russische Führung an der Lage in Europa seit beinahe fünf Jahren trägt, kann nicht in Zweifel gezogen werden. Dass allerdings die Feststellung russischer Schuld im moralsüchtigen deutschen Diskurs zu einer eskalativen Gedankenlosigkeit führt, die nur dem Anschein nach pragmatisch ist, muss spätestens dann aufrütteln, wenn man im Fernsehen sehen kann, dass im Ernstfall selbst die beiden Minister die Sprache der Außenpolitik sprechen und nicht die der Moral. Der Eskalation muss überall Einhalt geboten werden, nicht bloß in Russland, auch im eigenen Handeln. Wir müssen fragen, was wir gemeinsam tun können, in Russland, bei uns. Und wir müssen fragen, wie es so weit kommen konnte.

Von dieser Frage und den längst sichtbaren Konsequenzen einer bloß auf militärische Stärke und die Wiederherstellung westlicher Hegemonie ausgerichteten Politik handelt dieses Rundschreiben. Es erzählt, wie selbstzerstörerisch das Handeln von Europas Regierungen für jene Demokratie ist, die in der Kriegsrhetorik bemüht wird. Im Leitartikel von Tsafir Cohen erfahren Sie mehr über die Grammatik westlicher Friedensbilder und die damit verwobene Ignoranz gegenüber der tatsächlichen Realität des Krieges. Im Doppelartikel von Felix Litschauer und Julia Manek geht es um die innerdeutsche Dynamik der neuen Kriegstüchtigkeit auf den Feldern der Gesundheitspolitik und der psychosozialen Arbeit. Gemeinsam mit meiner Kollegin Valeria Hänsel habe ich außerdem ein kleines Panorama europäischer Kriegs- und Vorkriegs-Realitäten geschrieben.



Mario Neumann ist verantwortlicher Redakteur des medico-rundschreibens. Von seinen letzten Dienstreisen nach Osteuropa lesen Sie ab S. 12.

Im zweiten Teil des Heftes möchte ich Ihnen besonders die Reportage von Timo Dorsch und Jan Schikora ans Herz legen. Sie berichtet aus Venezuela, einem Land, das in diesem Jahr bereits zweimal so schnell wieder vergessen wurde, wie alle kurz hingeschaut hatten: einmal nach dem US-amerikanischen Putsch im Januar, einmal nach den verheerenden Erdbeben im Juni. Außerdem lesen Sie hier ein Interview mit Zafer al-Khateeb von medicos palästinensischer Partnerorganisation Nashet im Libanon zur aktuellen Lage im Süden des Landes sowie einen Bericht von Katja Maurer über die paradigmatische Bedeutung des Scheiterns der Weltgemeinschaft in Haiti.

25 Jahre nach dem Anschlag vom 11. September und dem Beginn des War on Terror sprechen wir am Ende des Heftes mit dem Autor Emran Feroz über die Bilanz eines „historischen Scheiterns“. Und kommen damit wieder zurück zum Anfang. Am 1. September, wenige Stunden vor besagter Pressekonferenz, hat medico den Appell „Ohne uns – Für einen Ausstieg aus der Logik des Krieges“ veröffentlicht. Er beschäftigt sich mit der Sackgasse unserer politischen Debatte. Glauben Sie nicht, wir hätten einfache Antworten, wie man auf einem Kontinent, der so nah wie lange nicht mehr am Abgrund des Krieges steht, Sicherheit schaffen kann, die für alle gilt. Unser Punkt ist aber: Diejenigen, die mit schwerem Gerät und großem Getöse herumhantieren, haben auch keine. Sie tun nur so und sind offenkundig blind für die Konsequenzen, die man schon heute überall in Europa bestaunen kann. In diesem Sinne: Aller Anfang ist schwer.

Ihr
Mario Neumann

Friede den Privile- gierten?

A yellow airplane is depicted flying diagonally from the bottom-left towards the top-right. Its path crosses over the text, specifically over the word 'Privilegierten?', which is rendered in a lighter shade of green to make it less prominent. The airplane's wings and tail are clearly visible, and it appears to be in motion.

Europa muss den eigenen Bedeutungsverlust anerkennen. Der Leitartikel

Von Tsafir Cohen

Es herrscht Krieg in Europa. Seit bald fünf Jahren stehen wir mit unseren Partner:innen der vom Krieg geplagten Bevölkerung in der Ukraine zur Seite. Seit bald fünf Jahren ringen wir bei medico darum, uns der sich ausbreitenden Logik des Krieges zu widersetzen. Vergebens. Denn dem deutschen Diskurs der Gegenwart fehlt – wie der jüngst verstorbene Jürgen Habermas entsetzt feststellen musste – jedes „Moment des Erschreckens vor den Folgen eines jeden Kriegs“. Stattdessen erleben wir die schleichende Normalisierung des Ausnahmezustands. Krieg wird nicht mehr als das absolut letzte, verzweifelte Mittel der Politik verstanden, sondern als valides Instrument der Geopolitik. Ob in der Ukraine, im Iran oder in Venezuela: Militärische Gewalt wird zur legitimen Währung im internationalen System, das internationale Recht wird ungeniert unterwandert.

Es ist eine dystopische Zeitenwende. Der Krieg der Gegenwart erscheint auch deshalb führbar, weil die algorithmische Präzision von KILLERdrohnen und künstlicher Intelligenz suggeriert, dass er ein zunehmend automatisiertes Geschehen ist. Diese neue Dimension des Kriegs schafft eine maximale Anonymisierung und eine historisch beispiellose Distanz zwischen militärischen Entscheider:innen und ihren Gegner:innen – und der Zivilbevölkerung. Die Folgen lassen sich in Gaza beobachten: eine technisierte Kriegsführung, die das Lei-

den der Menschen in die Abstraktion einer virtuellen Realität verbannt und genau dadurch den massenhaften Tod von Zivilist:innen ermöglicht. In der Ukraine ist es ganz anders und doch gleich, denn überall ist der Krieg für die Betroffenen mitnichten ein unpersönliches Computerspiel. Das Grauen findet seinen Ausdruck in den Hunderttausenden, die an der Front ums Leben kommen; in ihren trauernden Angehörigen; in den Millionen Geflüchteten und Binnenvertriebenen, deren Dasein bei sinkender internationaler Solidarität immer prekärer wird; in dem verzweifelten Versuch junger Männer, sich dem Krieg zu entziehen.

Ein deutscher Offenbarungseid

Der russische Überfall auf die Ukraine hat in Deutschland eine Kriegslogik in Gang gesetzt, die sich längst von ihrem Ursprung – der Solidarität mit den Angegriffenen – entfernt hat. Aufrüstung dient zur Modernisierung einer ins globale Hintertreffen geratenen deutschen Industrie und ist Legitimationsbeschafferin einer politischen Klasse, der zu den globalen Herausforderungen der Klimakatastrophe und der wachsenden sozialen Ungleichheit nichts mehr einfällt. Warfare statt Welfare. Krieg statt Wohlfahrt. Von Abrüstung und Diplomatie keine Spur. Wie Schlafwandelnde schlittern wir immer weiter in eine Aufrüstungsspirale, deren

Folgen irreparabel sein können. Abwägende Stimmen sucht man in dieser neuen bellizistischen Welt vergebens. Wer nicht mitmacht, und sei es der ehemalige Fraktionsvorsitzende der regierenden SPD, Rolf Mützenich, wird ignoriert oder marginalisiert.

Auch für die EU ist der Ukraine-Krieg zum Paradigma geworden, mit dem man den politischen Umbau legitimiert. Nicht mehr ein wohlfahrtsstaatliches, sondern ein hochgerüstetes Europa steht auf dem Plan der Eliten. Dabei geht es nicht mehr nur um die russische Gefahr, sondern um ein Europa, das in der regellosen Wolfswelt mit neuer militärischer Stärke bestehen soll. In Milo Raus Theaterstück „Antigone im Amazonas“ mahnt der indigene Philosoph Ailton Krenak: „Es hängen Zeichen über unseren Köpfen“. Er liest sie als Zeichen des Untergangs. Er bezweifelt, dass die Europäer:innen mit ihrem Bedeutungsverlust, dem Untergang eines Selbstverständnisses der Überlegenheit umgehen können. Seine Zweifel sind berechtigt. Wie oft haben wir auf diesem Kontinent, von dem die Kolonisierung, der industrielle Massenmord und zwei Weltkriege ausgingen, geglaubt, dass wir aus diesen Verbrechen geläutert hervorgehen und etwas gelernt hätten?

Das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Ein Europa, das keine Alternative zur Militarisierung sieht, verspielt neben dem Frieden auch die Demokratie und die Errungenschaften der letzten 80 Jahre, die in mühsamen Kämpfen, in heftigen Debatten und schwierigen Verständigungsprozessen erarbeitet wurden. Die Angst vor den russischen Kriegsdrohungen bis hin zum Atombombeneinsatz ist nachvollziehbar. Aber geht es hier wirklich nur um die Angst vor einem militärischen Angriff aus Moskau? Oder auch um eine Überlegenheitsfantasie, die mit dem antirussischen Feindbild legitimiert wird? Der russische Revanchismus treffe auf einen „ziemlich orientierungslosen“ Westen,

der sich über seinen „relativen Abstieg“ keine Rechenschaft ablege und „regressiv an einem überholten politischen Selbstverständnis“ festhalte, sagte Habermas zwei Jahre vor seinem Tod.

Heute verstehen wir zwar, dass die Ordnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstand, zu Ende geht. Aber glauben wir nicht trotzdem an die Möglichkeit ihrer Wiederherstellung? An eine Vorstellung eines sehr europäischen Friedens, eines Friedens derer, die das Recht auf Ausbeutung des Rests der Welt besitzen? Ist es nicht dieser Frieden, den man auch regelbasierte Ordnung unter westlicher Hegemonie nennen kann, den wir zurückhaben wollen – wenn nötig mit kriegerischen Mitteln? Aber das ist kein Frieden für alle. Es ist ein Frieden der Privilegierten gegen den Rest der Welt. Um das zu begründen, bemühen wir große Worte und viel Moral. Im Kern: Wir müssen gewinnen, weil wir die Guten und die anderen die Bösen sind.

Handeln aus dem Abseits

Bisher gelingt es nicht, aus dieser Logik auszutreten. Zu sehr hat man der Öffentlichkeit weisgemacht, dass entweder der Sieg über Putin oder aber der russische Angriff auf die NATO unmittelbar bevorsteht. Und dass nur ein Sieg den Frieden bringt. Ukrainische Kampfdrohnen in Moskau führen zu Drohnen auf dem Leipziger Flughafen – und umgekehrt? Die nächste Eskalationsstufe ist gezündet. Es ist erstaunlich, dass es trotz der europäischen Geschichte keine Idee davon gibt, wie schnell das alles in etwas Unkontrollierbares umschlagen kann.

Eine Abkehr von der Kriegslogik beginnt damit, dass wir verstehen, dass sie nicht alternativlos ist und dass wir uns von der realexistierenden Machtlosigkeit nicht beugen lassen müssen. Statt uns ohnmächtig abzuwenden, sollten wir

genau hinschauen. Radikale Zeugenschaft ist durchaus mit Risiken behaftet, erst recht wenn sie auch politisch handelt. Die beiden zu Tode gekommenen Demonstrant:innen in Minneapolis, die einen Einsatz der paramilitärischen ICE-Truppen gegen Migrant:innen aufzuhalten versuchten, sind ein Beispiel. Die älteren De-

sich die bundesrepublikanischen Lebenswelten viel enger mit der Welt verknüpft als noch vor einigen Jahrzehnten. Millionen Freundschaften, familiäre und Liebesbeziehungen kennen keine nationalen oder ethnischen Grenzen: Viele Deutsche – ob mit oder ohne Migrationsgeschichte – sind in der Welt zu Hause und wollen kein Leben ohne diese Welt.

Ist der Frieden, den wir zurückhaben wollen, nicht der einer regelbasierten Ordnung unter westlicher Hegemonie? Es ist ein Frieden der Privilegierten gegen den Rest der Welt.

Frieden lässt sich heute nur internationalistisch denken. Er umfasst das gleiche Recht auf ein Leben in Frieden für alle Bewohner:innen dieser Erde. Dafür müssen wir hierzulande unsere Überlegenheitsfantasien verlernen. Eine jedwede Friedensordnung beginnt bei denen, die am verletzlichsten sind: bei den Menschen in den Kriegs- und Ausgrenzungszonen, bei der geschundenen Natur. Die Alternative zu dieser neuen, vielleicht utopisch scheinenden Ordnung ist der Krieg, der sich in jeden Winkel des Planeten ausbreitet. Alternativlos ist also nur der Frieden.

monstrant:innen von Palestine Action, die reihenweise in britischen Gefängnissen landen, ein anderes. Ihre Blockaden und Sachbeschädigung an für Israel bestimmten Waffen sind aus Sicht des Staates Terrorismus. Von den Menschen in der Ukraine und in Russland, die sich dem Krieg auf vielfältige Weise entziehen, lässt sich ebenso lernen. Wer die Videos verfolgt, wie Passant:innen in der Ukraine junge Männer vor der Zwangsrekrutierung schützen, kann verstehen, wie der Widerstand einzelner zum Moment einer gemeinsamen Verweigerung werden kann.



Tsafir Cohen ist Geschäftsführer von medico international.

Dabei herrscht jenseits des politischen Berlins auch hierzulande kaum Kriegsbegeisterung. Die Bundesregierung hat neulich die Zahlen zur Kriegsdienstverweigerung zur Verschluss-sache erklärt. Die Einsicht der jungen Generation in die Abscheulichkeiten des Krieges, die ihren Ausdruck auch in den bundesweiten Schülerstreiks gegen die Wehrpflicht findet, soll nicht andere anstecken. Zum Glück haben

Die Zeiten wandler





Ein Schwerpunkt über neue Kriegstüchtigkeit zwischen NATO-Ostflanke und deutschem Gesundheitssystem

Hand in Hand an der europäischen Außengrenze.

Grenzen machen Leute

Wie sich der Krieg in Europa einnistet

Von Valeria Hänsel und Mario Neumann

Gleich drei Störche haben sich an der kleinen Kreuzung unweit der NATO-Ostflanke eingefunden. Storch 1 steht auf einer Laterne an der Hauptstraße des kleinen Dorfes Rūdninkai. Nicht weit entfernt sitzt Storch 2 auf dem Dach eines der bescheidenen Häuser an der wenig befahrenen Straße. Ab und an fährt hier ein Auto vorbei, auch Lkws und Baufahrzeuge wummern die Straße entlang. Storch 3 baut derweil ein Nest an einem Mast. Im kleinen Laden an der Ecke gibt es von allem etwas: Fisch, Fleisch und

Käse in einer überfüllten Auslage, Getränke, Kaffee, Gemüse – und auch jede Menge deutsche Weihnachtsschokolade und Ostereier, obwohl wir August haben. Es passt zu diesem aus der Zeit gefallenen Ort, an dem selbst die Uhren ein wenig anders zu ticken scheinen.

Weil es mit den Störchen tatsächlich kein Ende nimmt – sie sind überall –, gehen wir der Sache auf den Grund. Eine Erklärung ist schnell gefunden. Der Weißstorch ist der „Nationalvogel“



Alle Fotos: medico

Die Deutschen kommen: Ein Storch in Litauen genießt die Ruhe vor der Bundeswehr.

Litauens, wo eine der höchsten Brutdichten weltweit besteht. Angeblich kommen etwa 40.000 Störche auf die 2,8 Millionen Einwohner:innen des kleinen Landes. Die Region um Rūdninkai, das unweit der Hauptstadt Vilnius liegt, ist landschaftlich von Mooren, anderen Feuchtgebieten und großen Feldern geprägt. Ein Paradies für Weißstörche. Noch.

Leuchtturmprojekt Panzerbrigade

Wenn die Vögel im nächsten Frühjahr aus ihrem afrikanischen Winterquartier zurückkehren, werden sie ihren Augen kaum trauen. Denn die neuen Nachbarn, deren bevorstehende Ankunft sich bereits überall andeutet und deren Einzug im Jahr 2027 abgeschlossen sein soll, bauen nicht nur ein Haus. Sie bauen eine ganze Stadt. Sie kommen mit ein paar Tausend Leuten. Und zwar schwer bewaffnet: 5.000 Soldat:innen der sogenannten „Brigade Litauen“ der Bundeswehr werden im Land stationiert – mit „Kind und Kegel“. Es ist der erste unbefristete Auslandseinsatz in der Geschichte der Bundeswehr.

Die kleine deutsche Militärstadt wird seit Mai 2025 aus dem Boden gestampft. „Sie liegt nahe der Grenze zu Belarus, im Ernstfall an vorderster Front. Die Panzerbrigade 45 ist ein Symbol deutscher Kampfbereitschaft für die NATO“, schreibt die ARD. Die Bundeswehr nennt sie ein „Leuchtturmprojekt der Zeitenwende“. Das scheint nicht übertrieben, auch wenn man hierzulande kaum Notiz davon nimmt. Mit dem angekündigten Rückzug der USA springt Deutschland im Namen der EU in die Bresche und verändert damit nun auch ganz handfest sein militärisches und außenpolitisches Selbstverständnis.

Am Gate des Fluges zurück nach Deutschland wird uns später ein ebenfalls rückreisender

Bundeswehrsoldat, der hier mit Aufbau und Umzug beschäftigt war, Auskunft darüber geben, warum dieses „Leuchtturmprojekt“ gemessen an seiner Größe und Bedeutung recht wenig Aufmerksamkeit erfährt. „Ich sag mal so: Andere Länder machen große Ankündigungen und halten dann nichts. Wir Deutschen haben da eine andere Kultur. Es ist so eine kulturelle Sache, dass wir nicht angeben oder stolz auf unsere Leistungen sind. Wir machen eher.“ Der Bundesadler: Die Bescheidenheit unter den Nationalvögeln?

An der Ostflanke

Was uns einen Schrecken einjagt, sieht man in Litauen größtenteils mit Wohlwollen. Das Gros der Bevölkerung begrüßt die bevorstehende Anwesenheit der Bundeswehr. Vor dem Rathaus von Vilnius wehen die Fahnen von Litauen, der Ukraine und der Europäischen Union. An der Rathausmauer ist eine Tafel mit einem Zitat von Friedrich Merz angebracht. In bronzenen Lettern steht dort: „Die Sicherheit Litauens ist unsere Sicherheit. Der Schutz von Vilnius ist der Schutz von Berlin.“ Nicht weit davon findet sich ein Zitat von George W. Bush aus dem Jahre 2002: „Jeder, der sich entscheiden würde, Litauen zum Feind zu wählen, macht sich damit auch die Vereinigten Staaten von Amerika zum Feind.“ Auf den Anzeigen der vorbeifahrenden Linienbusse wird im Wechsel mit dem Zielbahnhof der Slogan „Vilnius ♥ Ukraine“ angezeigt.

Litauen ist Teil der NATO-Ostflanke, und die Angst vor der russischen Bedrohung ist groß – ebenso wie diejenige, dass Trump das Versprechen des früheren US-Präsidenten im Ernstfall brechen wird. Im Namen der nationalen Sicherheit schließen sich auch deswegen viele junge Männer freiwillig einer paramilitärischen Einheit an, die mit der Armee zusammenarbeitet. Aber nicht nur hier rechnen fast alle mit dem Ärgsten

und richten alles daran aus: Polen, Litauen, Lettland, Estland und Finnland sind kürzlich aus dem Ottawa-Abkommen zum Verbot von Landminen ausgetreten. Vor fast 30 Jahren erstritten, sollte dieses Abkommen verhindern, dass Zivilist:innen im Krieg und noch Jahrzehnte danach getötet und verstümmelt werden. medico erhielt damals mit anderen Organisationen den Friedensnobelpreis für die Kampagne, die in dem Abkommen mündete.

Heute wird für den Frieden aufgerüstet statt geworben. Während sogenannte Smart-Antipanzermine bereits im Einsatz sind, gibt es laut Ankündigungen des polnischen Vize-Verteidigungsministers Paweł Bejda im Rahmen der sogenannten „Eastern Shield“-Pläne keine andere Wahl, als auch Antipersonenminen einzusetzen. Ob dies wirklich passieren wird, bleibt unklar. Laut einem Werbevideo des polnischen Militärs sollen aber 300.000 so ge-



Brigade Litauen: Noch eine Baustelle, bald eine Militärstadt.

nannte Igel – Panzerbrecher aus Beton – an der Grenze verteilt werden. Wieder mit dabei: Die deutsche Bundeswehr in einer Mission zum Infrastrukturaufbau.

Die Festung Europa ist schon länger mehr als nur eine Metapher für die europäische Migrationspolitik. Sie ist europäische Zukunftsvision, die zentrale und womöglich auch einzige Idee, auf das eingeläutete Zeitalter des Krieges, die russische Invasion in der Ukraine und den US-amerikanischen Rückzug zu reagieren. Sie suggeriert wachsende Stärke. Sie möchte eine wirkungsvolle Antwort sein. Aber ist sie das auch?

Zu ihrer Verwirklichung braucht man jedenfalls, da sind sich fast alle einig, noch mehr, moderneres, brachiales militärisches Gerät an der Grenze. Das zeigt sich in Ceuta ebenso wie in Polen und Litauen. Hochgerüstete Grenzwälle mit endlosen Reihen von NATO-Stacheldraht, umgeben von modernster Technologie. Von Wärmebildkameras über Bewegungssensoren, die sogar erkennen, wenn in der Ferne ein Tunnel gegraben wird, um die Grenze zu unterqueren, ist alles dabei. Hinter den Zäunen geht der Rüstungswall bald weiter, mit Panzerbrechern und Minen. Das alles soll Migration verhindern und neuerdings auch Putin abwehren.

An der polnischen Grenze

Das hat katastrophale Auswirkungen, auch auf das Ökosystem im polnisch-belarussischen Białowieża-Wald, dem letzten Urwald Europas. Dieser wird von Wisenten, Wölfen, Elchen und Wildkatzen bewohnt, gewissermaßen den Störchen Polens. Nur wegfliegen können sie nicht. Ihr natürliches grenzüberschreitendes Habitat ist zerschnitten und an den eingelassenen Wildtoren, die bei Bedarf vom Militär ge-

öffnet werden sollen, hat bisher noch kein Wisent angeklopft.

Und die Menschen? Im Wald sind neben Grenzpolizei auch Soldaten stationiert. Dazwischen treiben sich hier ebenfalls selbsternannte paramilitärische „Heimatschützer“ herum. Sie alle machen Jagd auf Geflüchtete, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln. Nach einer Gesetzesanpassung vom Juli 2024 können zumindest Beamte nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie Waffen einsetzen, um „einen Angriff auf die Unverletzlichkeit der polnischen Staatsgrenze abzuwehren“. Und diese Gewalt richtet sich vor allem gegen Geflüchtete: Aus Subjekten der Migration sind mittlerweile Objekte der Abwehr geworden, aus Menschen auf der Suche nach einem sicheren Leben „hybride Waffen Lukaschenkas und Putins“. Darum überrascht es auch nicht, dass die polnische Regierung im März 2025 das Asylrecht ausgesetzt hat. Damit sind auch die seit Jahren betriebenen brutalen Pushbacks legalisiert. Dass es so etwas wie Menschenrechte und ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem gibt – egal.

Kürzlich wurde es sogar Grenzbeamten zu wild: Sie leakten ein Video, aufgenommen von den Überwachungskameras des Grenzwalls. Dort ist zu sehen, wie ein Soldat im Juli 2025 Muhammed Hussein, einem afghanischen Geflüchteten, aus nächster Nähe mehrfach in den Rücken schießt. Als er auf den Boden fällt, zertrümmert der Soldat ihm mit dem Gewehrkolben das Gesicht. Mit gebrochenen Knochen wird Muhammed zwei Tage ohne Essen festgehalten und schließlich ins Krankenhaus gebracht. Dort finden ein Journalist und ein Anwalt den jungen Mann und reichen Klage gegen den Grenzschützer ein. Die Konsequenz: Muhammed wird abgeschoben. Das Militär labelt ihn als den Angreifer und reicht eine Gegenklage ein. Die Anschuldigungen gegen den

Soldaten werden fallengelassen, er bleibt im Amt – ganz so, wie es die Regierung mit ihren Gesetzesvorhaben vorsieht.

Zwischen den Stühlen

Zurück nach Litauen. An einem heißen Sommertag sitzt eine international zusammengewürfelte Gruppe auf einem Grundstück mit Haus und Garten am Rande von Vilnius. Neben ihnen spielen Kinder in einem Plastikpool. Im Haus stapeln sich Kisten mit Kleidung, Bettwäsche und Spielzeug, ein Matratzenturm reicht bis zur Decke. Auch Nojus, ein junger Litauer, sitzt mit am Tisch. Er ist über das Schicksal seiner belarussischen Partnerin mit der Gemeinschaft verbunden. Wie viele ihrer Landsleute wurde sie vom litauischen Staat ohne erkennbaren Grund als Sicherheitsrisiko klassifiziert. Das Paar versuchte dagegen juristisch vorzugehen. Doch nur eine Stunde vor dem anstehenden Gerichtstermin drang eine Einheit der Polizei in ihre Wohnung ein. Sie schlugen Nojus brutal nieder und schoben seine Freundin nach Belarus ab. Dort lebt sie nun in Angst, festgenommen zu werden.

Nojus ist immer noch fassungslos. Seinen Glauben an Rechtsstaatlichkeit hat er verloren. Früher gab es einen regen Austausch zwischen den Menschen der Region. Seine Familie ist teils litauisch, teils polnisch, teils belarussisch. Sie überquerten so regelmäßig wie selbstverständlich die Grenze. Heute ist das anders: Wer einen russischen oder belarussischen Pass hat, wird mit Skepsis betrachtet und wer in einem belarussischen Betrieb gearbeitet hat, der auf der Sanktionsliste steht, gilt als potenzieller Spion und verliert den Aufenthaltsstatus. Andere werden als „Sicherheitsrisiko“ eingestuft, ohne zu wissen, wieso. Sie ahnen, dass es dafür manchmal nicht mehr braucht als die falsche Staatsbürgerschaft.

Am Ende kämpfen dann eben doch Nationen gegen Nationen und nicht „die“ Demokratie gegen „den“ Autoritarismus.

Alle hier im Garten versammelten Menschen sind erklärte Kriegsgegner:innen. Zusammengebracht wurden sie von Olga Karatsch. Auch sie war in Belarus inhaftiert und ist einer der bekanntesten Köpfe der belarussischen Opposition. Aus Litauen sollte sie abgeschoben werden, was nur dank einer groß angelegten internationalen Kampagne verhindert werden konnte. Jetzt kämpft Olga mit ihrer Organisation Nasch Dom, was übersetzt „Unser Haus“ heißt, vor allem darum, dass auch andere verfolgte Aktivist:innen in Litauen Asyl erhalten. Auf internationalen Konferenzen tritt sie als Friedensaktivistin auf. Nasch Dom existierte bereits in Belarus. Im litauischen Exil setzen sie, wie viele andere belarussische Oppositionelle, ihre Arbeit fort. Statt der erhofften neuen Freiheiten, die die europäischen wie litauischen Lippenbekennnisse zur Demokratiebewegung in Belarus ihnen in Aussicht stellten, haben sie allerdings nun vor allem mit Rassismus und Repression in ihrer neuen Heimat zu kämpfen.

Eine zweite Welt bricht zusammen

Wir treffen Olga am Eingang des Zentrums von Nasch Dom. Jedes Wochenende sei das Haus übervoll mit hilfesuchenden Migrant:innen aus allen denkbaren Herkunftsländern gewesen, erzählt sie. Sie suchen hier Unterstützung, tauschen sich aus und erhalten Kleiderspenden. Das meiste kommt aus Deutschland. Olga erzählt uns eine Geschichte, die hier erst wenige Tage zuvor stattgefunden habe: Eine Gruppe Kinder spielte am Gebüsch vor dem Haus. Als einige Erwachsene das Spiel beobachteten, merkten sie, dass die Kinder Schnecken gesammelt hatten und mit ihnen das spielten, was sie aus den Ge-



Malgorzata Klemens von der Grupa Granica unterstützt Geflüchtete und dokumentiert die Gewalt an der polnisch-belarussischen Grenze.

schichten ihrer Eltern bestens kannten: Gefängnis. Die Tiere wurden im angrenzenden Gebüsch eingemauert. Eine sich bildende Traube Erwachsener beobachtete das Geschehen, tieftraurig, zu sehen, wie sich ihre Erfahrungen im Spiel der Kinder fortsetzt. Diese hatten allerdings vergessen, ein Dach zu bauen, die Schnecken konnten türmen. Ein halbes Happy End. Doch wohin, fragten die Erwachsenen, wollen die Tiere überhaupt fliehen, wenn sie aus dem Gefängnis ausbrechen? „Sie sind wie wir. Sie tragen ihr Haus auf dem Rücken!“, sagte eines der Kinder.

Die um sich greifende Kriegslogik führt dazu, dass das für viele von ihnen vermutlich auch

so bleiben wird. Das macht Olga nicht nur zu schaffen, es trifft sie wie ein Dolchstoß: „Die Militarisierung hat die Köpfe erreicht“, erklärt sie. „Es gilt nur noch ‚wir gegen sie‘. Für Menschen wie uns, die in ihrem Land für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gekämpft haben, die dafür gefoltert wurden und ihr Leben riskierten, bricht hier eine zweite Welt zusammen. Wir merken, dass wir nicht als gleichwertig angesehen, sondern ausschließlich wegen unserer Staatsbürgerschaft als potenzielle Gefahr ausgegrenzt und verfolgt werden.“

Nicht nur in Litauen wird es für Oppositionelle, Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus Russland und Belarus immer schwieriger, in

Europa Schutz zu finden. Die Anerkennungsrate für Asylanträge russischer Staatsbürger liegt in Europa nur bei etwa 17 Prozent. Russische Deserteure und Kriegsdienstverweigerer suchen deshalb lieber außerhalb Europas Schutz, zum Beispiel in Kasachstan. Die Ablehnung trifft auch andere. Aktivist:innen der polnischen Grupa Granica in Polen oder der Sienos Grupė in Litauen, die Menschen auf der Flucht im Wald versorgen, begegnen immer wieder Menschen vom afrikanischen Kontinent, die per Flugzeug nach Moskau reisten und dort abgefangen und zwangsrekrutiert

wurden. Einige schafften es zu entfliehen oder aus der Armee zu desertieren. Auch sie werden nicht als Menschen in Empfang genommen, sondern als „hybride Bedrohung“ von Soldaten bekämpft.

Unterricht in Heimatschutz

Auch Menschen aus der Ukraine, die sich dem Kriegsdienst entziehen wollen, haben es in der EU immer schwerer. Nach einem Vorschlag der EU-Kommission sollen neu ankommende uk-



Schulsausflug zu Asow: Junge Ukrainer:innen in Kyiv.

rainische Männer zwischen 23 und 60 Jahren künftig vom Schutz durch die „Massenzustrom-Richtlinie“ ausgenommen werden. Rassismus und Unmut gegen ukrainische Geflüchtete wächst in ganz Europa. Und die EU erhöht den Druck auf emigrierte Ukrainer, die sich der Rekrutierung zu entziehen versuchen. Die menschlichen Schicksale spielen dabei keine Rolle. Die vielbeschworene „Solidarität mit der Ukraine“ meint letztlich nicht mehr als die Unterstützung der ukrainischen Kriegsführung. In dieser Logik tun Politik und Medien hierzulande weiterhin so, als sei die ukrainische Bevölkerung ungebrochen hinter dieser geeint, heldenmutig und kampfbereit. Entsprechend gilt die Solidarität dann auch nur jenen, die diesem Bild entsprechen.

Hier wie dort ist die Herstellung von Kriegstüchtigkeit umkämpfte Überzeugungsarbeit. Wir erinneren uns, nachdem Olga die Geschichte mit den Kindern und den Schnecken erzählte, an unsere letzte Reise in die Ukraine und unseren Besuch im „Nationalen Museum der Geschichte der Ukraine im Zweiten Weltkrieg“ in Kyiv. Zufällig wohnten wir im hinteren Teil der Ausstellung einer Szene der anderen Art bei. Wie sich herausstellte, werden die Räume einmal pro Woche zur militärischen Nachwuchsförderung umfunktionierte. An einem großen Tisch präsentierte ein Veteran einem Dutzend Kindern und Jugendlichen Waffen. Besonders fiel uns ein kleiner Junge in Uniform auf, vielleicht acht oder neun Jahre alt. Er bewegte sich mit konzentriertem Tunnelblick im Rhythmus des Soldaten, um permanent möglichst nah an den präsentierten Waffen zu sein. Wir mussten nicht fragen, es war klar, was er will: Soldat werden. Vermutlich mit Unterstützung seines Vaters, der mitgekommen war und die Ambitionen seines Sohnes offensichtlich unterstützte.

Der Schulausflug ins Museum samt Waffenschau ist Teil des neu eingeführten Unter-

richtsfachs „Heimatschutz“ in der Ukraine. Der verantwortliche Lehrer saß am Kopf des Tisches – mit einer Beinverletzung aus dem Krieg. Die Workshops werden vom bekannten Aow-Regiment veranstaltet, genauer: von den Veteranen der zwölften Brigade. Einmal pro Woche kommen Schüler ins Museum, die Workshops finden aber auch in anderen Städten statt. Auf die Frage, was das hier sei, antwortete der offizielle Aow-Fotograf trocken: „Firearms Workshop for Kids“.

Später trafen wir die Kinder wieder. Vor dem Eingang des Museums ließen sie, von den Veteranen angeleitet, Drohnen in die Luft steigen. Sie sind wahrscheinlich gerade alt genug, um zu wissen, dass es nicht der Storch ist, der Nachwuchs bringt. Wenn nicht, wird es ihnen bald jemand erklären. Aufklärung darüber, was der Krieg bringt, ist hingegen bis auf weiteres nicht zu erwarten.



Valeria Hänsel und Mario Neumann reisten kürzlich gemeinsam zum ersten Mal für medico nach Litauen. Sie beschäftigt sich mit den europäischen Außengrenzen, er ist zuständig für die Ukraine-Arbeit.

Seit 2022 unterstützt medico in der Ukraine und darüber hinaus Partner:innen, die Betroffenen des Krieges zur Seite stehen und sich seiner Logik widersetzen.

Spendenstichwort: Ukraine

OHNE UNTERS

[MEDICO.DE/APPELL](https://medico.de/apell)

FÜ
AU
DE
DE

WEG VON EINEN AUSSTIEG AUS DER LOGIK DES KRIEGES.

Wir leben in Zeiten einer naiven Hoffnung. Während die Nachrichten täglich vom Schrecken des Krieges künden, wird er uns gleichzeitig als Ausweg aus den Problemen unserer Gegenwart verkauft. Fünf Jahre Stellungs- und Abnutzungskrieg in der Ukraine, aber auch 25 Jahre „Krieg gegen den Terror“ oder der Horror von Gaza: Die bestens dokumentierte Sinnlosigkeit des Krieges kann der Hoffnung auf seine Heilungskräfte scheinbar nichts anhaben. Sein Schrecken hat sich stattdessen zum Argument verkehrt, ihm kriegstüchtig beizutreten – und wer diese Logik kritisiert oder bezweifelt, gilt als Nestbeschmutzer:in, als naive:r Friedensaktivist:in oder gar als Putinist:in. Ein Ausstieg aus der Sackgasse von Krieg und Aufrüstung scheint illusorisch. Doch ist er unumgänglich, um nicht zu sagen: überlebensnotwendig.

Deshalb haben wir zum Anti-Kriegs-Tag am 1. September den Appell „Ohne uns“ veröffentlicht. Wir bitten Sie, ihn zu lesen, zu diskutieren, zu kritisieren und zu verbreiten. Bestellen Sie Plakate und Aufkleber, laden Sie den Appell herunter und verteilen Sie ihn!

Resilient, robust, bereit?

Zwei Einblicke in die deutsche Aufrüstung von Körper und Geist

ÄRZT:INNEN FÜR DEN KRIEG

Als sich der Beginn des Ersten Weltkrieges 2014 zum hundertsten Mal jährte, erinnerte die Ärztezeitung mit einer Dokumentation daran, was industrielle Waffensysteme und ein zermürbender Stellungskrieg für das Gesundheitswesen bedeutete. Ein Foto aus dem August 1914, der Krieg war erst wenige Tage alt, zeigt das Eintreffen eines Lazarettzugs in Heidelberg. Während Offizielle feierlich in die Kamera schauen, begutachten Sanitäter die verwundeten Körper von Soldaten. So fing es an. Der medizinische Sektor hatte sich lange auf den Ernstfall vorbereitet und war doch binnen weniger Wochen völlig überfordert. Die Dokumentation der Ärztezeitung war als Mahnung gedacht: Kriege führen immer zu Tod, Verstümmelung und Traumata. Dazu muss sich Gesundheitspersonal verhalten – medizinisch, aber auch politisch.

Kriegsrelevantes Gesundheitssystem

Zwölf Jahre ist das her – und die Zeiten haben sich gewendet. Inzwischen trommelt die Bundeswehr im ganzen Land um wehrbereite junge

Männer und für mehr Resilienz auf allen Ebenen. Das gilt auch für das Gesundheitswesen. Schon im Juni 2025 richtete die Bundeswehr das „Symposium Gesundheitsversorgung in der Landesverteidigung“ aus. Im Juni dieses Jahres trug dann ein Panel des Hauptstadtkongresses, der medizinische Branchentreff schlechthin, den Titel: „Resilient, robust, bereit? Wie versorgen wir uns im NATO-Bündnisfall?“. Dort betonte der Geschäftsführer Medizin der BG Unfallklinik Frankfurt am Main, dass „Zivilbevölkerung und Militär die gleiche Sprache sprechen“ müssten, wenn möglicherweise bis zu 1.000 Patient:innen pro Tag versorgt und die Verletzten über sogenannte „Hubs“ in Nord, Ost, Süd und West verteilt werden. In welchem Ton das Narrativ, die ganze Gesellschaft müsse sich der Bedrohung durch Russland offensiv stellen, durchgesetzt wird, zeigte jüngst eine Aussage des gesundheitspolitischen Sprechers von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag. Diejenigen, die einer Zusammenarbeit mit dem Militär und der Vorbereitung auf den Kriegsfall kritisch gegenüberstehen, seien „eine Gefahr für die zivile Bevölkerung in diesem Land“.



Im Lazarett des Bundeswehr-Feldlagers in Masar-i-Scharif [Afghanistan] 2017.

Es ist alles andere als Zufall, dass das Gesundheitswesen in den Fokus der Aufrüstung rückt. Denn im Kriegsfall kommt ihm eine Funktion zu, die weit über das Lindern von Leid und das Retten von Leben hinausgeht: Es ist Grundbedingung der Kriegsfähigkeit. Ohne seine Infrastruktur, Ärzt:innen und medizinisches Personal kann kein Krieg geführt werden. Indem sie die Tauglichkeit von Soldat:innen begutachten und nach einer Verletzung deren Einsatzfähigkeit wiederherstellen, sorgen sie für den „menschlichen Nachschub“. Und indem zivile Opfer schnellst- und bestmöglich versorgt werden, stützen sie auch die gesellschaftliche Bereitschaft, auszuhalten und mitzumachen.

Nicht nur der Diskurs innerhalb der medizinischen Community hat sich verändert. Auch ma-

teriell verschiebt sich etwas. Die aktuelle „militärische Austerität“, also die Umlenkung staatlicher Finanzmittel und Ressourcen in den Rüstungssektor bei gleichzeitigen Kürzungen in zivilen Bereichen wie Sozialstaat, Bildung oder öffentliche Infrastruktur, ist für das Gesundheitswesen eine widersprüchliche Entwicklung. Einerseits sorgen die gesundheitspolitischen Beschlüsse von Kabinett und Bundestag dafür, dass Krankenhäuser, Hausärzt:innen und Psychotherapeut:innen ihrem Versorgungsauftrag künftig kaum noch werden nachkommen können. Auf der anderen Seite weist das 2025 beschlossene „Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität“ den Ländern Mittel zu, um sich auf Szenarien wie den NATO-Bündnisfall vorzubereiten. Für den kriegsrelevanten Gesundheitssektor ist das eine Chance.

Bisher wird die Ausstattung von Krankenhäusern mit Betten und Personal nach der zu erwartenden Versorgungslage der Bevölkerung ausgerichtet. Zu beobachten ist aber schon jetzt, dass angesichts klammer Kassen militärische Szenarien bei der Bedarfsplanung immer relevanter werden. So sind aus Berlin und Hamburg Pläne für die „zivil-militärische Zusammenarbeit“ bekannt geworden. Es geht um autarke IT-Systeme, den Bau von Trinkwasserbrunnen, aber auch um Operationssäle in Schutzräumen oder Schulungen für das medizinische Personal. Auch die Bundeswehr hat erkannt, dass der kaputtgesparte Gesundheitssektor mitnichten in der Lage ist, im Kriegsfall „1.000 Verletzte pro Tag“ zu versorgen. So positioniert sie sich mittlerweile gegen die Schließung von Krankenhäusern und Kürzungsvorschläge im Gesundheitsbereich. Lücken schließen soll das „Gesundheitssicherstellungsgesetz“, an dem das Bundesministerium für Gesundheit derzeit mit Hochdruck arbeitet. Es soll vermutlich auch regeln, wie im Kriegsfall angesichts der schon jetzt zu spürenden Knappheit an Personal, Mitteln und Ressourcen eine Priorisierung medizinischer Leistungen vorstattengehen wird – bis hin zur Triage, mit guten Aussichten für „systemrelevante“ Soldat:innen.

Die aktuellen Kürzungstiraden im Gesundheitsbereich, aber auch bei Wohngeld oder dem BAFöG zeigen einmal mehr, dass Aufrüstung auf Kosten sozialer Rechte und Sicherungssysteme geht. Nicht ohne Grund lautete in den 1980ern die Parole der Gewerkschaften „Gegen Aufrüstung und Sozialabbau“. Gleichzeitig ist der Abbau sozialer Sicherungen ein idealer Nährboden für Militarismus: Soziale Unsicherheit schafft ein gesellschaftliches Klima, in dem sich Aufrüstung besser legitimieren lässt und der Beruf Soldat für viele eine echte Aussicht ist. Die Angst vor dem sozialen Abstieg projizieren politische Akteure von Mitte links bis weit rechts

nicht auf Krisengewinner und Superreiche, sondern auf „äußere Feinde“.

Sicherheit für wen?

Doch auch heute gibt es Gegenstimmen, auch aus dem Gesundheitsbereich. So positionieren sich progressive Ärztevereinigungen wie IPPNW und vdäa* klar gegen die Illusion, dass mit ausreichender Vorbereitung Kriegsfolgen adäquat begegnet werden könne. Doch auch die Zivilgesellschaft ist gefordert, eine Antwort auf die Erosion des Sicherheitsgefühls in der Gesellschaft zu finden. Nach Innen ist die Frage „Sicherheit für wen?“ mit einem Bekenntnis zu sozialen Infrastrukturen jenseits militaristischer Indienstnahme zu beantworten. Nach außen sollte klar sein: Die eigene Sicherheit kann niemals im Gegensatz zu derjenigen von Menschen in anderen Staaten stehen. In dieser Hinsicht kann auch die Public-Health-Wissenschaft eine maßgebliche Rolle spielen. Eine Epidemiologie der Kriegsfolgen, wie sie andernorts – etwa hinsichtlich des Genozids in Gaza – längst fester Bestandteil radikaler Zeug:innenschaft ist, könnte auch hierzulande präventiv Wirkung entfalten. Indem der medizinische Sektor auf die Folgen eines Krieges und seiner Logik für die Gesundheit aufmerksam macht, interpretiert er die Aufrüstung auch als Gesundheitsproblem. Dabei kann die Erinnerung an die Weltkriegserfahrungen helfen. Doch man muss gar nicht so weit zurückschauen. Ein Blick auf die Straßen von Gaza-Stadt oder ein Feldlazarett im Donbass reicht.



medicos Gesundheitsreferent Felix Litschauer hat im rundsreiben zuletzt über die Krise der globalen Gesundheit und gezielte Angriffe auf Gesundheitsarbeiter:innen in bewaffneten Konflikten geschrieben.



Im Bunker ist die Aussicht immer schlecht.

MENTALE MOBILMACHUNG

„General, dein Tank ist ein starker Wagen. Er bricht einen Wald nieder und zermalmt hundert Menschen. Aber er hat einen Fehler: Er braucht einen Fahrer.“ Das schrieb Bertolt Brecht als Einspruch zur nationalsozialistischen Aufrüstung. Er hatte bis zu seinem Tod gleich dreimal miterlebt, wie eine Gesellschaft eben diesen Prozess durchläuft: vor dem Ersten Weltkrieg, während der NS-Zeit und bei der Remilitarisierung der Bundesrepublik. Jedem Krieg geht die Verschiebung von Friedensfähigkeit zu Kriegstauglichkeit voraus – in den Köpfen, im Alltag, in der Sprache. Dass die umfassende Mobilmachung ein komplizierter Weg ist, wusste er. Er schrieb: „General, Menschen sind nützlich. Sie können fliegen und sie können töten. Aber sie haben einen Fehler: Sie können denken.“ Was

Brecht wohl auf die Rede des Bundesverteidigungsministers Pistorius erwidert hätte, als dieser 2023 die deutsche Öffentlichkeit einschwor: „Wir müssen kriegstüchtig werden.“?

Fit für den Krieg?

Für die mentale Herstellung von Kriegsbereitschaft braucht es psychologische Konzepte. Eines ist das der „Resilienz“. Anfangs wurde damit vor allem in den Umweltwissenschaften die Fähigkeit von Ökosystemen beschrieben, sich von Schäden zu erholen. Doch ab den 2010er-Jahren popularisierte sich der Begriff: In der neoliberalen Selbstoptimierungsindustrie wurde Resilienz zur zentralen Anforderung

an Gesellschaft und Individuum, sämtliche Herausforderungen unbeschadet zu meistern. Nach und nach rückten entsprechende Konzepte in der Pädagogik, der Psychotherapie, der Entwicklungs- und Sicherheitspolitik oder auch der humanitären Hilfe in den Vordergrund. Mittels Resilienzstrategien sollten Gemeinschaften für Krisen gewappnet und überlebensfähig werden. Unter dem Schlagwort „Fit für die Katastrophe?“ kritisierte medico frühzeitig, dass Resilienz auf Anpassung zielt, aber nicht mehr nach den Ursachen von Krisen fragt – und damit auch den Anspruch aufgibt, Krisen zu verhindern. So führe Resilienz schon früh zur „Kolonisierung“ der Vorstellungskraft.

Jenseits der Ökologie hat Resilienz noch einen anderen Ursprung: Grundpfeiler der Resilienzforschung liegen im US-amerikanischen Krieg gegen den Terror. So gab das Pentagon

auf Basis der Erfahrungen in Afghanistan und im Irak die Entwicklung des „Comprehensive Soldier Fitness“-Programms in Auftrag. Es sollte Soldat:innen auf traumatische Ereignisse vorbereiten und diese in einen persönlichen Reifeprozess transformieren. Die Resilienzprogramme sollten eine „unbezwingbare Armee“ schaffen, an deren Soldat:innen alles abprallen sollte, was die Kampfkraft stört, einschließlich negativer Gefühle und Gedanken. Der gleichen Logik folgen seit einigen Jahren in den USA und Israel Programme für die Bevölkerung: Praxisübungen in Schutz bunkern, Atemübungen und das Training positiver Gedanken sollen auf den Ernstfall vorbereiten.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass der Resilienzdiskurs im Zuge der Zeitenwende auch hierzulande eine Blüte erlebt. Der „Pakt für den Bevölkerungsschutz“, den nicht zufällig Verteidigungsminister Pistorius gemeinsam mit Innenminister Dobrindt im Mai dieses Jahres vorstellte, hat eine „resiliente Gesellschaft“ zum Ziel. Auf der jüngsten Gelöbnisfeier zum Jahrestag des Attentats auf Hitler verkündete Pistorius, dass der neue Wehrdienst ein Bewusstsein dafür schaffen solle, „wofür es sich als Gesellschaft zu kämpfen lohnt“. Kriegstüchtigkeit und Resilienz sollen zusammengedacht werden. So werden die beiden Diskurse zum ideologischen Paar, mit dem auch die Umrüstung des zivilen Sektors legitimiert werden kann.

Was ist zu tun, wenn es plötzlich keinen Strom oder kein Wasser gibt? Sind Vorräte angelegt? Mit dem Durchspielen von Szenarien soll die Bevölkerung nicht nur praktisch zu Selbsthilfe und Überlebenspraxen „ertüchtigt“ werden. Sie soll sich auch mental auf den Ernstfall vorbereiten. Die Anrufung wirkt. So hat eine Schule in Saarbrücken als erste bundesweit das Profillfach „Blaulicht“ für Zivilschutz und Kata-

Foto: picture alliance / Ipon | Stefan Boness



Schulstreik gegen Wehrpflicht am 8. Mai 2026.

strophenschutz eingeführt. Und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hat einen aktualisierten Ratgeber mit Empfehlungen für Notsituationen, darunter den Kriegsfall, herausgegeben. Welche Dokumente sollten in einer Mappe vorbereitet werden, was gehört in einen allzeit griffbereiten Notrucksack?

Resistenz statt Resilienz

All das kostet. Bis 2030 soll die Bundeswehr mit rund 700 Milliarden Euro ausgerüstet werden, Resilienzprogramme für die Bevölkerung sind mit zehn Milliarden Euro kalkuliert. Die Gegenfinanzierung? Sozial- und Gesundheitssicherungen werden drastisch zusammengestrichen. Nur eines von vielen Beispielen: Die Vergütung psychotherapeutischer Leistungen soll um 4,5 Prozent gekürzt werden.

Zu kritisieren ist diese Politik in vielerlei Hinsicht – zumal sie ausgerechnet zentralen Erkenntnissen der Resilienzforschung zuwiderläuft. Inzwischen zeigt nämlich eine Vielzahl psychologischer Studien, dass Resilienz keine individuell erlernbare Fähigkeit ist. Vielmehr basiert sie auf sozialen Systemen und Unterstützung: Ohne Formen der sozialen Sicherheit ist niemand resilient – kein Wehrdienstleistender, kein:e Soldat:in, kein:e Bürger:in, kein Kind. Indem die Regierung soziale Infrastrukturen und Sicherungssysteme schleift, schürt sie das Gegenteil von dem, was Resilienz ausmacht: Verunsicherung, Abstiegsängste und damit das Gefühl von Verwundbarkeit.

Schon in den 1960er-Jahren hatte Herbert Marcuse diesen affektiven Prozess beschrieben: Der militärisch-industrielle Komplex produziert die Angst, die er reduzieren soll, letztendlich selbst. Eine Gesellschaft rüstet dann auf, wenn sie glaubt, ihre Zukunft nicht mehr oder

nicht anders gestalten zu können. Statt sich also auf den Krieg vorzubereiten, geht es darum, andere Formen der kollektiven Sicherheit zu entwickeln. Dafür braucht es das, was schon Brecht immer starkgemacht hat: kritisches Denken und Vorstellungskraft. Sein Weggefährte Hanns Eisler hat einst ein Lied vertont, in dem es heißt: „Es gilt, den Krieg zu schlagen.“



Julia Manek ist bei medico für psychosoziale Arbeit zuständig. Dazu gehört seit langem die Kritik des Resilienzbegriffs.

Weltweit unterstützt medico Kämpfe für gesunde Lebensverhältnisse und Partnerorganisationen, die Überlebende von Krieg und Gewalt begleiten. In Deutschland mischen wir uns regelmäßig in gesundheitspolitische Debatten ein.

Spendenstichworte: Globale Gesundheit / Psychosoziale Arbeit

Projekte Projekti- onen

Laut Verfassung

Basisarbeit zum Schutz der Existenzgrundlagen in Kenia

„Der Antrag zum Ausbau der öffentlichen Wasserversorgung ist einstimmig angenommen.“ Zur Bestätigung schlägt der Versammlungsleiter mit einem Holzhammer auf den Tisch. Das Prozedere der Community Assembly in einer informellen Siedlung am Rande von Nairobi mag formalistisch wirken. Doch die Anwesenden üben keine hohlen Rituale ein, im Gegenteil: Sie erwecken die kenianische Verfassung zum Leben. Dieser zufolge haben alle das Recht, an Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, teilzuhaben. Weil das Strukturen erfordert, organisiert die kleinbäuerliche Basisbewegung Kenyan Peasants League solche Zusammenkünfte. Es geht um die Verteidigung von Elementarem: Zugang zu Land, das Recht auf Ernährungssouveränität, Schutz der Existenzgrundlagen. Nicht jeder Antrag hat Erfolg. Aber es gelingt, sich über Probleme zu verständigen, kollektiv Lösungen zu entwickeln und öffentlichen Druck aufzubauen. So geht Politik von unten.



Die medico-Partner:innen in Aktion.

Spendenstichwort: Afrika

Früchte des Friedens

Starthilfe für ehemalige Gefangene in der Türkei

Ausgerechnet in Zeiten der Logik des Krieges einen jahrzehntealten bewaffneten Konflikt einer Verhandlungslösung zuführen zu wollen, verdient Aufmerksamkeit. Der von der kurdischen PKK begonnene Friedensprozess, der mit Auflösung und Entwaffnung einherging, tut genau das. Er ist zäh, macht aber echte Fortschritte. So wurde zuletzt im türkischen Parlament ein Gesetz zur Freilassung politischer Gefangener auf den Weg gebracht. Jenseits der offiziellen Verhandlungen mit dem türkischen Staat kommt es aber auch auf zivilgesellschaftliche Kräfte an. Besonders im kurdischen Südosten der Türkei. Die neue medico-Partnerorganisation MED TUHAD-FED aus Diyarbakır [kurdisch Amed] dokumentiert Rechtsverletzungen in Gefängnissen und unterstützt politische Gefangene und ihre Angehörigen bei den anstehenden Freilassungen. Darunter sind aktuell vermehrt Langzeithaftierte, die in den 1990er-Jahren im Bürgerkrieg verurteilt wurden und nun nach Jahrzehnten freikommen. Sie benötigen Begleitung beim Start in die Freiheit. In der Türkei gibt es über 30.000 politische Gefangene, die unter extremen Bedingungen und oft unrechtmäßig inhaftiert sind, darunter Politiker:innen und Intellektuelle – etwa 20.000 von ihnen sind Kurd:innen.

Spendenstichwort: Kurdistan

Gegengipfel in Kurz

Weltsozialforum zwischen Restriktion und Selbstorganisation

Auf dem Höhepunkt der Protestbewegung gegen eine neoliberale Globalisierung fand 2001 als Gegengipfel zum Davoser Weltwirtschaftsgipfel das erste Weltsozialforum statt. Damit entstand ein Format zum globalen zivilgesellschaftlichen Austausch über Fragen sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit, Menschenrechte und internationale Solidarität. Zur 18. Auflage im August in Benin wurden 50.000 Teilnehmer:innen aus über 50 Ländern erwartet, darunter auch viele medico-Partnerorganisationen. Doch die beninische Regierung verbot kurzfristig das Forum und verhinderte die An- bzw. Weiterreise vieler Delegationen. Daraufhin stellten die Aktivist:innen rasch selbstorganisierte, dezentrale Treffen und Panels vor Ort auf die Beine, auch mit der Unterstützung von medico. Es ging um Landrechte, Extraktivismus, Migration und um gemeinsame Strategien angesichts globaler Krisen und zunehmender Repression. Das eigentlich geplante Forum fand dann doch noch statt – verkürzt und verspätet. Auch auf dem afrikanischen Kontinent stehen die Zeichen vielerorts auf Autoritarismus.

Spendenstichwort: Menschenrechte

Wer hat
dich
bloß so
ruiniert?



Die Polykrise in Haiti hat System:
Über das Scheitern der Hilfe und
die Brutalität der neuen Welt

Auf den Straßen von Port-au-Prince.

Von Katja Maurer

Wo liegen die Sollbruchstellen der sogenannten regelbasierten Ordnung, deren Zusammenbruch wir gerade erleben? In Gaza zeigt sich das moralische Ende des Westens; in der Ukraine sein Taumeln in den Krieg, ohne ihn gewinnen zu können. Ich würde auch Haiti als eine solche Sollbruchstelle betrachten. Nach dem dortigen Erdbeben 2010 trat die damals noch gültige Ordnung an, um zu beweisen, dass sie das verwüstete Land mit humanitärer Hilfe und neoliberalen Rezepten besser wiederaufbauen kann. Doch aus Build Back Better wurde die Katastrophe nach der Katastrophe. Heute wird der totale Niedergang Haitis mit einer internationalen Eingreiftruppe verwaltet, die sich durch schonungslose Drohneneinsätze auszeichnet. In die Elendsviertel unter Gang-Herrschaft traut sich keine Söldnertruppe, selbst bei noch so guter Bezahlung.

Von einer Lösung der Krise ist längst nicht mehr die Rede. Haiti ist eine No-go-Zone. International verwaltet wird sie, um geflüchtete Haitianer:innen dorthin abschieben zu können. So genossen in den USA Haitianer:innen seit 2010 einen Temporary Protected Status (TPS). Der Oberste Gerichtshof der USA bestätigte im Frühsommer dieses Jahres die Entscheidung der Trump-Administration, diesen Schutz aufzuheben – obwohl der Bürgerkrieg in Haiti immer schlimmer wird. Begründet wurde der Schritt mit eben diesem Militäreinsatz. 300.000 Haitianer:innen in den USA haben damit ihren

legalen Status und ihre Arbeitserlaubnis verloren. Selbst der New Yorker Bürgermeister Mamdani war gezwungen, die Haitianer:innen, die einen TPS-Status hatten, aus den städtischen Diensten zu entlassen. Den Haitianer:innen in Springfield, die Trumps Wahlkampfschlager waren, weil er behauptete, sie würden die Haustiere der Nachbar:innen verspeisen, bekamen symbolisch die härteste Packung ab. Man entzog ihnen die Pässe und legte ihnen Fußfesseln an. So machte man sie bereit zur Deportation.

Entsorgte Versprechen

Die neue Weltordnung der Donroe-Doktrin, also Trumps Herrschaftsanspruch auf ganz Lateinamerika und die Karibik, hat das bis dahin gegebene Versprechen entsorgt, wenigstens den Ärmsten ein bisschen zu helfen. Stattdessen definiert sie Menschen zweiter Klasse, die man in das größte Elend abschieben kann. Haiti ist keine Polykrise mehr, sondern die fatalste und menschenverachtendste Form ihrer Lösung: Die Schaffung eines Lagers, aus dem keiner mehr fliehen kann, zumindest nicht in die USA. Haitianer:innen, egal welcher Klasse, erhalten bis auf einige wenige Ausnahmen keine Visa mehr für die USA. Und auch das Nachbarland, die Dominikanische Republik, brüstet sich mit Abschiebezahlen in sechsstelliger Höhe.

Warum gerade an Haiti ein Exempel statuiert wird, darüber kann man spekulieren. Es hat womöglich mit seiner Geschichte zu tun. Wenn die Moderne mit der französischen Revolution ein Versprechen auf Gleichheit und Emanzipation aussprach, dann waren die Haitianische Revolution, die unmittelbar auf die Ereignisse in Frankreich folgte, und die Unabhängigkeit der einstigen Sklaveninsel im Jahr 1804 der historische und weltweit erste Versuch, dieses Versprechen tatsächlich für alle einzulösen. Es hat fast 200 Jahre gebraucht, bis dieses Weltereignis in den Kanon hiesiger Historiker:innen aufgenommen wurde. Heute ist es aus den Geschichtsbüchern nicht wegzudenken. Selbst die Ausstellung über die Aufklärung im Historischen Museum in Berlin kam nicht umhin, die Haitianische Revolution als Teil der Geschichte der Aufklärung zu erwähnen.

Man kann natürlich sagen, dass das Scheitern der Selbstbefreiung Haitis, die man nach 220 Jahren konstatieren muss, noch nicht das Ende des emanzipatorischen Projekts an sich bedeuten muss. Aber ein Hinweis auf die Rückkehr eines brutalen, weltweit sich ausbreitenden Rassismus ist die Entwicklung in Haiti schon. Die Trump-Administration und ihre lateinamerikanischen Verbündeten setzen nun brutale Gewalt ein, um Konflikte ohne störende Menschenrechtsbindung zu entscheiden.

Der UN-Sicherheitsrat hat unter Enthaltung von China und Russland eine „Gang Suppression Force“ beschlossen, die anders als die 13 Jahre lang in Haiti stationierte UN-Truppe Minustah nun wirklich schießen darf. Bis Herbst soll die neue UN-Mission vollständig in Haiti angekommen sein. Auch aus El Salvador werden Truppen und Überwachungstechnik erwartet. Der salvadorianische Präsident Bukele will sein Modell der brutalen Unterdrückung von Ganggewalt zu einem globalen Exportprodukt

vermarkten. Haiti ist die erste internationale Station. Er liegt nicht falsch. Der Bedarf ist groß. Denn haitianische Verhältnisse, also die Auflösung der Staatlichkeit und institutioneller sozialer Infrastruktur, sind kennzeichnend für die neuen Ausformungen einer krisenhaften Welt. Niemand gibt mehr vor, die strukturellen Wurzeln der Probleme angehen zu wollen. Im Gegenteil, was Haiti betrifft, sind alle beteiligten internationalen Akteure bereit, die Krise im

Von einer Lösung der Krise ist nicht mehr die Rede. Haiti ist eine No-go-Zone, international verwaltet, um Haitianer:innen dorthin abschieben zu können.

Land zu verschärfen. Allerdings haben die Gangs in diesem Szenario auch ein Wörtchen mitzureden. Während die neuen internationalen Kampftruppen in Haiti eintrudeln, haben die bewaffneten Milizen im August das nördlich von Pétionville gelegene Kenscoff eingenommen, und dabei ein unglaubliches Massaker an der dort lebenden Bevölkerung mit mindestens 50 Toten angerichtet. Sie haben den internationalen Truppen nicht nur ihre Rücksichtslosigkeit bewiesen, sondern mit Kenscoff einen strategischen Ort eingenommen. Denn bislang gilt Pétionville, der reiche in den Bergen gelegene Vorort von Port-au-Prince, noch als sicher. Regierung und Geschäftswelt haben ihre Sitze dorthin verlegt. Von Kenscoff aus können die Gangs tatsächlich Pétionville attackieren.

Dann wäre die Sicherheits-Chimäre, die Trump und seine Verbündeten verbreiteten, passé.

Die besteht darin, dass man ähnlich wie in Gaza die „überflüssige“ Bevölkerung in No-go-Zonen mit dem sporadischen Einsatz von Militär- und Drohnentechnik abriegeln und verwalten kann. Dass diese Aussichtslosigkeit auch eine besondere Art von Rücksichtslosigkeit und Unkontrollierbarkeit gebiert, beweisen nicht zuletzt die haitianischen Gangs. Die haitianische Aussichtslosigkeit wiederum ähnelt ebenso der Situation in Gaza oder im Sudan. Die Gesundheitsinfrastruktur, Schulen und Universitäten sind zerstört und die Landwirtschaft, insbesondere in der wichtigsten Produktionszone Artibonite, ist größtenteils dahin. Auch hier haben Gangs weitestgehend die Kontrolle übernommen. Hunger, keine Gesundheitsversorgung, keine Bildung, keine Hilfe, keine funktionierenden Institutionen des Rechts oder der sozialen Infrastruktur – das sind die Kennzeichen solcher No-go-Zones in ihrer völligen Verwahrlosung. Man betritt sie unter dem Zwang der Deportation und man kann sie nicht verlassen.

Und nun?

Ich treffe Pierre Éspérance in Brüssel. Wir essen und diskutieren im Stadtteil Matongé, in dem viele Menschen afrikanischer Herkunft leben. Pierre ist Freund und Kollege, haitianischer Menschenrechtler und medico-Partner. Nach Haiti kann man schon lange nicht mehr reisen. Ich war 2019 zum letzten Mal da und habe meine Zeit vorwiegend im Hotel verbracht. Denn schon damals war das öffentliche Leben faktisch zum Erliegen gekommen. In Port-au-Prince brannten Barrikaden. Im Büro der Menschenrechtsorganisation trafen wir damals auf eine Überlebende des Massakers in La Saline. 70 Menschen waren im Vorjahr von bewaffneten Banden unter der Führung von Jimmy Chérizier alias Barbecue umgebracht worden. Er ist heute der wichtigs-

te Gangführer. Die Menschenrechtsorganisation hatte damals alles recherchiert, alle Fälle dokumentiert und besitzt seither handfeste Belege dafür, dass der später ermordete Präsident Jovenel Moïse in das Verbrechen verwickelt war. Warum? Eine landesweite Bewegung, die erhebliche Korruptionsvorwürfe gegen die gesamte politische Elite geltend gemacht hatte und auch in der haitianischen Diaspora sehr stark war, drohte die Herrschaft des Präsidenten ernsthaft zu gefährden. Gerichtsverfahren gegen die Korruption schienen möglich. Das Massaker in La Saline beendete schlagartig die Bewegung und installierte die Herrschaft korrupter Politik und Gangs. Die US-Regierung, die Vereinten Nationen, die Vertreter der internationalen Gemeinschaft, die das haitianische Schicksal bestimmten, unterstützten den Regierungskurs und fürchteten die Massenbewegung auf der Straße.

Heute, sagt Pierre in Brüssel, sind die Gangs zu einem autonomen Faktor geworden, unabhängig vom Willen der politischen Elite, die lange Zeit die Gangs zur Ausweitung ihrer Macht benutzten. Das bestätigen auch Untersuchungen zur Entwicklung der Ganggewalt, die kürzlich in der haitianischen Tageszeitung *Le Nouvelliste* veröffentlicht wurden. Ihre Herrschaft trete nun möglicherweise in eine neue Phase, schrieb der Ökonom Réginald Surin. Sie würden zu Maklern zwischen politischer und ökonomischer Macht in Haiti. Das könnte erklären, warum die bewaffneten Gruppen niemals vollständig die Macht in Port-au-Prince übernommen haben, obwohl sie bis zu 90 Prozent des Territoriums in der Hauptstadt kontrollieren. Man sägt nicht den Ast ab, auf dem man sitzt.

Als ich Pierre zuvor in Brüssel traf, war er voller Sorge, auch sein Haus in Delmas, einem umkämpften Stadtteil in Port-au-Prince, könnte in die Hände der Gangs fallen. Einen Plan B hatte er nicht. Er wäre einfach Teil der eine Million

Obdachlosen geworden, die die Gangs aus ihren Wohnvierteln vertrieben haben. Heute fühlt er sich sicherer. Die Polizei kontrolliere wieder mehr Territorium. Regierungsinstitutionen und Geschäftswelt, erzählt er, hätten sich vollständig nach Pétionville, oberhalb der Hauptstadt, zurückgezogen, dort gebe es bislang keine Angriffe der bewaffneten Gruppen. Wie schnell sich das ändern kann, zeigt sich an den jüngsten Angriffen der Gangs rund um Pétionville. Aber wie viele Haitianer:innen, die ihr politisches Projekt eines befreiten und freien Haitis nicht aufgeben möchten, ist für Pierre Espérance das Exil keine Option.

Ohne rechtsstaatliche Strukturen wird es in Haiti keine Sicherheit geben. Wer nur auf militärische Maßnahmen setzt, wird scheitern.

Während wir reden, klingelt Pierres Telefon unablässig. Das Büro seiner Menschenrechtsorganisation, das ebenfalls in Delmas liegt, meldet sich in einer dringenden Angelegenheit. Viele Mitarbeiter:innen haben das Land verlassen. Trotzdem arbeiten die Kolleg:innen weiter. Über 50 Massaker haben sie seit dem Geschehen in La Saline dokumentiert: Namen der Toten, Ablauf der Gewalt, verwickelte Gangs, Augenzeug:innen. Dokumentiert sind auch die Korruptionsfälle der Regierung und die Drohneneinsätze, über die Human Rights Watch im Frühjahr dieses Jahres einen aufsehenerregenden Bericht veröffentlichte, nicht zuletzt auf Grundlage von Daten, die Pierres Organisation gesammelt hat. Schon seit geraumer Zeit verfolgen er und seine Kolleg:innen das Projekt, mit unbestechlichen Mitar-

beiter:innen der Justiz zusammenzuarbeiten und irgendwann Prozesse in Haiti möglich zu machen. Mit Ausnahme des Mords an Präsident Moïse im Juli 2021 ist kein einziges dokumentiertes Menschenrechtsverbrechen seit 2018 in Haiti bestraft worden. Auf meine Frage, wie hilfreich dieser eine Prozess für die Entwicklung einer unabhängigen Gerichtsbarkeit in Haiti war, winkt Pierre ab. Entscheidendes konnte nicht geklärt werden, zum Beispiel, wer die Hintermänner waren und warum Moïse umgebracht wurde.

Pierre hält sich in Brüssel auf, um Vertreter:innen der EU zu treffen. Diese zahlt im Rahmen der UN für die Gang Suppression Force. Mehr Geld gibt es für Haiti allerdings nicht. Pierres Botschaft: Ohne rechtsstaatliche Strukturen wird es in Haiti keine Sicherheit geben. Wer nur auf militärische Maßnahmen setzt, wird scheitern. In der EU stoße man damit noch auf offene Ohren, meint er. Die Stärke des Rechts gegen die Macht des Stärkeren ist sein Mantra und seine Praxis. So unsicher und gefährvoll die Zukunft ist, hält sie möglicherweise auch eine Chance für eine Verwirklichung des Menschenrechts bereit. Dann aber kann es nur eine wirkliche Chance sein, die Haiti als erster Postkolonie der Welt von Beginn an verweigert wurde.



Katja Maurer hat für medico über viele Jahre die Arbeit in Haiti begleitet und über die Entwicklung des Landes geschrieben – unter anderem in dem Buch „Haitianische Renaissance: Der lange Kampf um postkoloniale Emanzipation“.

Die Amabutho sind zurück

In Südafrika eskaliert die Gewalt gegen Migrant:innen und Minderheiten. Das weckt Erinnerungen an vergangen geglaubte Zeiten

Seit Monaten hetzen rechte Bürgerwehren in Südafrika gegen Migrant:innen. Nachdem sie ein Ultimatum ausgerufen haben – zum 30. Juni 2026 sollten alle Migrant:innen ohne gültige Papiere das Land verlassen haben –, jagten bewaffnete Mobs durch die Armenviertel von Durban und Johannesburg, plünderten Geschäfte, setzten Häuser in Brand und töteten Menschen. Die Polizei blieb meist untätig oder patrouillierte gemeinsam mit den Bürgerwehren. Tausende Menschen flohen in Richtung Simbabwe, Malawi, Mosambik.

Ich wuchs in Bhambayi, nördlich von Durban in der Provinz KwaZulu-Natal, auf. Die informelle Siedlung wurde in den letzten Jahren der Apartheid zu einem Epizentrum der Gewalt. Um die Anti-Apartheid-Bewegung zu destabilisieren, schürte das Apartheidregime hier gezielt Konflikte.

Die zulunationalistische und antikommunistische Inkatha Freedom Party (IFP) verstand sich als Gegenbewegung zum African National Congress (ANC), der zentralen Organisation der Anti-Apartheid-Bewegung, und wurde damals vom Apartheidregime unterstützt. Die Amabutho waren ihre paramilitärischen Einheiten. Sie knüpften an die Tradition der Zulu-Kriegerregimenter aus dem frühen 19. Jahrhundert an. Während der späten Apartheid gingen nicht nur das Apartheidsregime, sondern auch die Amabutho gegen die Anti-Apartheidsbewegung vor. Bewaffnet mit Pflugscharen, Stöcken, Speeren und Schusswaffen zogen sie marodierend durch die Townships.

Der gewaltsame Konflikt zwischen IFP und ANC durchzog von 1985 bis 1994 sämtliche Townships der Region. KwaZulu-Natal wurde zum Epizentrum der Gewalt. Viele meiner Genossen bei Abahlali tragen noch heute Narben aus jener Zeit. Niemand kann das Töten vergessen. Wir, die damals Kinder waren, wissen noch genau, wie es sich anfühlt, aus dem eigenen



Thapelo Mohapi ist Generalsekretär von Abahlali baseMjondolo – Südafrikas größter Basisbewegung von Menschen, die in den informellen Siedlungen leben. Dieser Text basiert auf seinem Beitrag für das südafrikanische Nachrichtenportal Independent Online.

Haus fliehen zu müssen oder sich unter dem Bett zu verstecken. 1993 kamen bei Auseinandersetzungen allein in Bhambayi über zweihundert Menschen ums Leben. Drei Jahre zuvor – ich war acht Jahre alt – wurden zwei Freunde meines Vaters, die bei uns zu Besuch waren, von den Amabutho-Milizen ermordet. Meine Brüder und ich sahen ihre Leichen. Wir wussten damals nicht, dass der Krieg zwischen Inkatha und dem ANC in ideologischen Differenzen begründet war. Man sagte uns, es handle sich um einen ethnischen Konflikt zwischen Zulu und Xhosa, wobei „Xhosa“ als Chiffre für den ANC benutzt wurde. Als Angehörige einer anderen ethnischen Gruppe, der Basotho – die vor allem in Lesotho leben und Sesotho sprechen –, lebte meine Familie ohnehin unter dem Verdacht, nicht zum IFP-treuen Teil der Mehrheitsgesellschaft zu gehören.

Dieses Misstrauen ist nie ganz verschwunden. Als es 2015 in Durban zu fremdenfeindlichen Angriffen durch rechte Mobs kam, bei denen mehrere Menschen getötet und Tausende vertrieben wurden, hämmerte eines Tages die Polizei an die Tür meiner Hütte. Sie hatte gehört, dass meine Cousine und ich uns auf Sesotho unterhalten hatten. Das vermieden wir normalerweise, indem wir in der Öffentlichkeit ausschließlich Zulu sprachen. Unsere Sprache machte uns in den Augen des Mobs und der Polizei zu Fremden.

Diese Zeit sollte längst vorbei sein. Südafrika sollte allen gehören, die darin leben. Es ist sogar gelungen, dies in der Verfassung zu verankern, doch es wurde nie verwirklicht. Heute prägt Hass die Stimmung im Land. Es ist wieder wie damals. Erneut patrouillieren bewaffnete Bürgerwehren auf den Straßen, wieder leben Menschen in Angst. Abseits der Fernsehkameras, die auf die großen migrationsfeindlichen Demonstrationen im Zentrum von Durban fokussieren, treiben die Bürgerwehren – unter ihnen wieder die Amabutho – Menschen aus ihren Häusern, plündern ihr Eigentum und übernehmen ihre Geschäfte. Dies geschieht nicht nur vereinzelt. Es geschieht überall in der Provinz KwaZulu-Natal an der Ostküste und auch in anderen Teilen Südafrikas.

Wie damals sind Kirchen und Gemeindehallen zu Flüchtlingslagern geworden. In Durban schlafen derzeit vierhundert Geflüchtete auf der Che Guevara Road im Freien, nachdem sie aus ihren Hütten vertrieben wurden. Niemand hat den Versuch unternommen, ihnen eine sichere Rückkehr in ihre Wohnungen zu ermöglichen. Seit Anfang 2026 ist die Sherwood Community Hall, eine städtische Gemeinschaftshalle in Durban, zu einem Notlager für über zehntausend Menschen geworden, die aus ihren Behausungen in informellen Siedlungen vertrieben worden waren. Anstatt sie zu vertei-

Es ist wie damals. Erneut patrouillieren bewaffnete Bürgerwehren auf den Straßen. Wieder leben Menschen in Angst.

digen, beteiligt sich der Staat am fremdenfeindlichen Programm der Bürgerwehren wie March and March und Operation Dudula und führt nun Massenabschiebungen durch.

Es geht längst nicht nur um „illegale Einwanderung“. Gefährdet ist, wer einer Minderheit angehört. Zunächst gingen die Angreifer gegen Migrant:innen aus Simbabwe, Mosambik und Malawi vor. Eingeschüchtert, geschlagen und aus ihren Häusern vertrieben werden Menschen, die in anderen Ländern geboren wurden, aber gültige Dokumente vorweisen können.

Es dauerte jedoch nicht lang, bis die Staatsbürgerschaft nicht mehr der entscheidende Faktor war, sondern mit Tsonga, Venda, Swati oder Ndebele Südafrikaner:innen ins Visier genommen wurden, die Gruppen angehören, welche überregional ansässig und schlicht nicht Teil der ethnischen Mehrheitsgesellschaft sind. So war das erste Opfer der jüngsten Hasswellen im Westkap ein junger südafrikanischer Mann, der der Tsonga-Ethnie angehörte, die vor allem im Norden Südafrikas und Mosambik beheimatet ist. Der Mob attackierte auch jene, die aus Limpopo – der nördlichsten Provinz Südafrikas –, Free State, Northern Cape und Teilen der Ostkapprovinz kommen. Ethnische Gewalt richtet sich immer zuerst nach außen und dann gegen die Minderheiten „zu Hause“. Die „Politik der Sündenböcke“ wird immer neue Ziele finden. In der Logik eines „Wir gegen die“

wird das „Wir“ immer kleiner. Der Hindu-Nationalismus in Indien unter Modi, der Völkermord an den Tutsi in Ruanda 1994, die Kriege im Kongo und ethnische Politik in Kenia zeigen uns, wohin diese Politik führt.

Die fremdenfeindlichen Organisationen sagen, sie würden sich nur darum kümmern, das Recht durchzusetzen. Das ist eine Lüge. Denn sie sind es, die das Gesetz unablässig brechen. Jedes Mal, wenn sie Dokumente fordern, Schulen und Krankenhäuser blockieren, Menschen schlagen, sie aus ihren Häusern zwingen und deren Eigentum, Häuser und Geschäfte besetzen, verstoßen sie gegen die Verfassung. Wir erleben eine gefährliche Form rechter Politik, manchmal faschistischen Charakters, in der diejenigen, die ohnehin diskriminiert und am wenigsten geschützt sind, für eine ökonomische und soziale Krise verantwortlich gemacht werden. Wir sind mit Eliten konfrontiert, die für die Krisen Verantwortung tragen, aber um Unterstützung buhlen, indem sie diese auf Minderheiten abwälzen.

Wir dürfen uns nicht täuschen lassen. Eine arme Person, die aus Maputo oder Harare nach Durban kam, um ein besseres Leben zu suchen, hat unser Land nicht gestohlen, uns keine Wohnung verweigert, uns nicht hungrig gemacht oder eine Wirtschaft erschaffen, in der die meisten jungen Menschen niemals Arbeit finden werden. Es waren Kolonialismus und

Apartheid, die uns arm gemacht haben. Es war der ANC, der uns arm hielt und schon damals nationale und regionale Spaltungen forcierte. Es ist die Regierung der nationalen Einheit, deren Gesetzespläne den Kampf um Land kriminalisieren und unsere Vertreibung erleichtern sollen. Unsere Gegner sitzen in den Vorstandszimmern und schrauben die Lebensmittelpreise hoch. Es sind politische Gangster, die öffentliche Gelder stehlen – und das Kabinett der Einheitsregierung, das Schutzrechte beschneiden will, die nach der Apartheid erkämpft wurden. Es sind all jene, die die Amabutho-Milizen zurück auf die Straßen bringen, fremdenfeindliche Social-Media-Kampagnen betreiben und sich weigern, gegen jene vorzugehen, die Menschen aus ihren Häusern treiben.

Solange wir unsere Nachbar:innen für unser Leid verantwortlich machen, werden wir die wahren Ursachen unseres Leidens niemals verstehen oder Formen politischer Macht aufbauen, die es uns ermöglichen, unser Leid zu überwinden. Wir werden weiterhin korrupte Politiker:innen wählen, die uns bestehlen, während sie reicher und wir ärmer werden. Fremdenfeindliche Politik ist nicht nur grausam. Sie ist auch dumm. Das Verjagen von Geflüchteten, Migrant:innen und Menschen ethnischer Minderheiten wird uns weder Land noch Jobs, Frieden, funktionierende Institutionen, Häuser, Müllabfuhr oder Toiletten geben. Es wird nicht unsere Würde wiederherstellen. Wer sich stark fühlt, weil er grausam gegenüber jemandem anderen sein kann, ist ein Mensch ohne Würde. Sie wird den Weg für die Wahlen im November mit Leichen pflastern.

In dieser Krise schützen viele Menschen mutig ihre Nachbar:innen. Auch progressive Organisationen wie Gewerkschaften oder Armutsinitiativen verteidigen Ubuntu, ein Ethos, demzufolge menschliches Wohlergehen nur gemeinsam erreicht wird: „Ich bin, weil wir sind.“ Als

Abahlali baseMjondolo organisieren wir uns mit unseren Nachbar:innen gegen Armut und Vertreibung und für Land, Wohnraum und Würde für alle. Wir organisieren uns, um gemeinsam unser Leid zu überwinden. Dabei bestehen wir darauf, dass ein Mensch ein Mensch ist, wo immer er sich befindet.

Südafrika ist ein diverses Land mit mehr als 22 Sprachen und vielen Ethnien, die dank unserer Verfassung alle die gleichen Rechte haben. Wir appellieren an alle progressiven Organisationen, Gewerkschaften, Kirchen und jede arme Person in KwaZulu-Natal und in ganz Südafrika, sich zwischen die Bürgerwehren und die Migrant:innen zu stellen. Wir dürfen nicht zurück zur Politik des ethnischen Nationalismus und der Kriege zwischen Inkatha und dem ANC. Wir dürfen uns nicht wieder von dem Terror der Amabutho erschüttern lassen. Vielleicht mussten wir uns als Kinder unter den Betten unserer Eltern verstecken, aber jetzt, da wir erwachsene Männer und Frauen sind, müssen wir das Richtige tun.

Abahlali baseMjondolo ist gemeinsam mit allen anderen südafrikanischen medico-Partnerorganisationen in einem Netzwerk gegen die rechten Ausschreitungen aktiv. Sie organisieren Notfallhotlines und Evakuierungspläne, versorgen Verletzte und bieten Vertriebenen sichere Zufluchtsorte.

Spendenstichwort: Afrika

Immer noch da

medicos palästinensische Partnerorganisation Nashet im Gespräch über die Lage im Süden des Libanon



Zafer al-Khateeb ist Präsident der medico-Partnerorganisation Nashet im Libanon. Nashet betreibt im palästinensischen Flüchtlingslager Ein el-Hilweh bei Saida ein Sozialzentrum.

Ihr habt in den letzten Monaten Nothilfe geleistet, Geflüchteten psychosoziale Unterstützung angeboten, auch in Ein el-Hilweh, wo Nashet seine Räumlichkeiten hat und wo viele Familien Zuflucht gefunden haben – wie wirkt sich der nun bald drei Jahre währende Krieg auf die Menschen aus?

Der Schock und das Trauma sitzen tief. Menschen haben ihre Häuser verloren, können nicht zurückkehren, müssen sich an eine neue Realität anpassen, ein Einkommen sichern. Kinder können nicht zur Schule, Bauern nicht zu ihren Feldern, um die Ernte einzubringen. All dies führt zu tiefen Sorgen, Trauer und Wut. Diese richtet sich auch gegen einen dysfunktio-

onalen Staat, von dem es kaum Hilfe gibt. Sehr viele haben ihr letztes Geld ausgegeben, um eine Wohnung für ihre Familien anzumieten, in Saida oder in Beirut, fernab des Krieges. Sie stehen vor den Trümmern ihrer Existenz und wissen nicht, wie weiter. Wer doch zurück ist, sitzt auf gepackten Koffern, weil jederzeit neue Zwangsvertreibungsanordnungen durch Israel erlassen werden können. Manche sind bereits mehrmals geflohen und wieder zurückgekehrt. Ich spreche hier nicht nur von der Besatzungszone, sondern vom gesamten Südlibanon bis zum Fluss Zahrani. Das ist ein sehr großes Gebiet. Das Zusammenspiel von politischer, ökonomischer und psychischer Unsicherheit setzt vielen Menschen sehr zu. Sie fühlen sich zunehmend ausgeliefert und fremdbestimmt.

Es gibt auch systematische Angriffe gegen Hilfsstrukturen, insbesondere gegen die UNRWA. Wirkt sich das auf eure Arbeit in Ein el-Hilweh aus und wie geht ihr damit um?

Hier im Camp ist die Angst sehr groß, dass das palästinensische Rückkehrrecht, das ja völkerrechtlich verbrieft ist, aus politischen Gründen marginalisiert wird. Befeuert wird dies durch Ideen auf der libanesischen und regionalen Ebene, wie man die palästinensischen Camps „richtig“ verwaltet, d.h. entwaffnet und sie aus palästinensischer Hand in technokratische Verwaltung übergibt. Diese Überlegun-

gen müssen im Zusammenhang mit den Angriffen gegen die UNRWA gesehen werden: Die Angriffe auf ihre Finanzierung laufen auf die Abschaffung der palästinensischen Flüchtlingsfrage und des Rückkehrrechts hinaus. Zugleich spüren wir die Unterfinanzierung im Alltag. Früher wurden Hilfen für unsere Arbeit in Ein el-Hilweh oder in anderen Lagern schnell bewilligt. Doch diese Zeiten sind vorbei.

Mitte Juni wurde der dritte Waffenstillstand seit Beginn der kriegesischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hizbollah im Oktober 2023 vereinbart. Parallel laufen in Rom Verhandlungen zwischen der israelischen und der libanesischen Regierung. Glaubst du, dass dabei ein stabiles Abkommen herauskommen wird?

Was die politische Zukunft und die Stabilität des Landes angeht, sind wir abhängig von regionalen und internationalen Mächten. Das prowestliche Regierungslager und das proiranische Lager um die Hizbollah sieht sich jeweils im Recht und kämpft gegen eine vermeintliche ausländische Verschwörung, die das Land in den Ruin zu treiben sucht – beide aus ihrer eigenen Perspektive und mit den jeweiligen Mitteln. Zugleich sehen wir, dass bislang jeder Waffenstillstand durch Israel gebrochen worden ist. Mit der Zeit scheint sich, genau wie in Gaza, die Formel „Entwaffnung gegen Souveränität“ herausgebildet zu haben. Ihr zufolge hören Besatzung und Bombardierungen erst dann auf, wenn die Hizbollah alle Waffen abgegeben hat – unabhängig von laufenden Verhandlungen oder Waffenstillstandsvereinbarungen.

Oft werden diese politischen Gegensätze auf konfessionelle Konfliktlinien reduziert, also Christen gegen Schiiten. Wie siehst du das?

Historisch haben sich politische Lager im Libanon entlang konfessioneller Linien herausgebildet. Das heißt aber nicht, dass es homogene

Gruppen sind. Die aktuellen Auseinandersetzungen können als Hegemonialkonflikt zwischen dem politischen Maronismus – der größten christlichen Religionsgemeinschaft im Libanon – und dem politischen Schiismus gelesen werden, mit den dazugehörigen Allianzen. Zugleich lehrt uns die libanesischen Geschichte, dass jeder Versuch, die Macht im Staat zu monopolisieren, im Desaster endet – unabhängig davon, wer das versucht. Dem maronitischen

Das Zusammenspiel von politischer, ökonomischer und psychischer Unsicherheit setzt vielen Menschen sehr zu. Sie fühlen sich ausgeliefert und fremdbestimmt.

Lager geht es darum, die christliche Hegemonie im Libanon wiederherzustellen und so das Land außenpolitisch nach Westen auszurichten. Sie wollen also die Kompromissformel des Taif-Abkommens von 1990, mit dem der Bürgerkrieg endete und aus dem das schiitische Lager gestärkt hervorging, überwinden. Dieses regelte, dass die Macht zwischen Schiiten, Sunniten und Maroniten geteilt wird: Der Staatspräsident ist Maronit, der Ministerpräsident Sunnit und das Amt des Parlamentspräsidenten wird von einem Schiiten geführt.

Und die andere Seite?

Das schiitisch-muslimische Lager sieht die USA als Verlierer des Konflikts mit Iran. Das wird zwangsläufig zu einer politischen Vereinbarung führen, die auch den Libanon einschließt. Sie sehen ihre Aufgabe zurzeit darin, dem Druck standzuhalten und die Waffen zumindest so

lange zu behalten, bis ein Abkommen zwischen den USA und Iran unterzeichnet ist. Außenpolitisch lehnt diese Seite eine Orientierung des Libanons gen Westen strikt ab.

Als wir im April auf Dienstreise im Libanon waren, gab es aufgrund der Vertreibungen aus dem Süden viele soziale Konflikte. Die Sorge vor einem Bürgerkrieg machte die Runde.

Der politische Status quo ist besorgniserregend und wirkt sich auf vielen Ebenen negativ aus. Es gibt tiefe Spaltungen in der Gesellschaft. Befürchtungen über einen bevorstehenden Bürgerkrieg sind aber zum Glück zurückgegangen. In den vergangenen Monaten ist deutlich geworden, dass keine politische Kraft das will. Zugleich nimmt die Inflation schwindelerregende Ausmaße an, die Kaufkraft schrumpft immer stärker. Wir beobachten, dass die Menschen zunehmend abstumpfen. Sie sind im Überlebensmodus. Was im Süden des Landes passiert, scheint weit weg zu sein.

Wie ist die Situation dort?

Katastrophal. Während Israel Verhandlungen mit der libanesischen Regierung führt, gehen die systematischen Zerstörungen ganzer Ortschaften unter dem Vorwand, die Hizbollah entwaffnen zu wollen, weiter. Bint Jbeil, Kham, Kfar Kila – bedeutende Städte des Libanons, liegen heute in Trümmern. Israel will eine Zone schaffen, die dauerhaft unbewohnt ist. Laut neusten Zahlen, die aus einer im August veröffentlichten Untersuchung der Financial Times stammen, wurden im Südlibanon bislang 85.000 Wohneinheiten zerstört oder beschädigt. 62 Dörfer und Städte befinden sich innerhalb der sogenannten „gelben Linie“, die die Besatzungszone im Süden demarkiert. Das sind rund sechs Prozent der Landesfläche. 270.000 Menschen werden nicht nach Hause zurückkehren können. Ein Fünftel der landwirtschaftlichen Flächen und 2.500 Kilometer Wasserinfrastruktur sind zerstört.

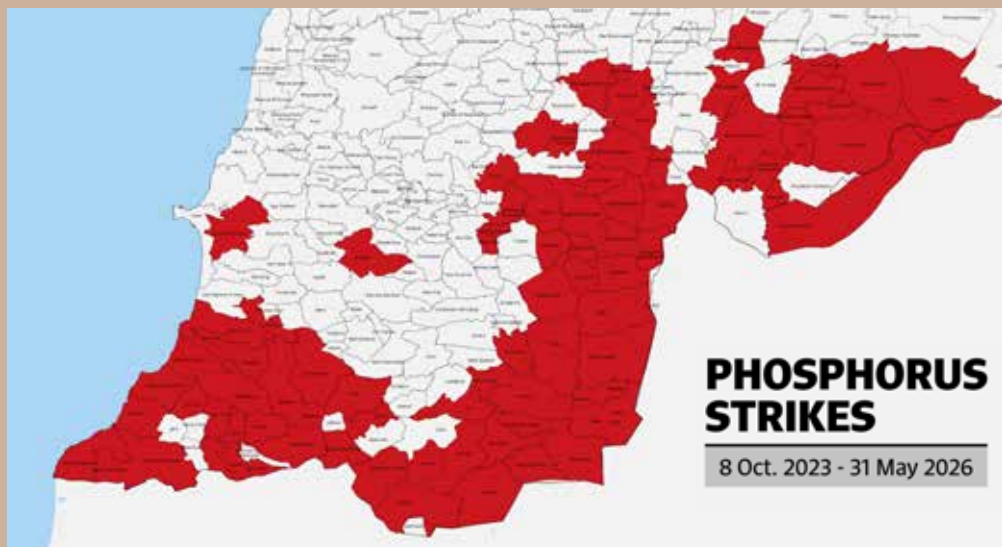
Wie siehst du die Zukunft des Südens?

Was dort geschieht, wird die soziale Struktur dauerhaft verändern. Viele Menschen leben nun außerhalb des besetzten Gebiets, eine Rückkehr wird auf absehbare Zeit nicht möglich sein. Viele der Vertriebenen haben sich in Saida, wo wir seit 2023 immer wieder Nothilfe leisten, niedergelassen. Wer vorher im Süden ein kleines Geschäft hatte, versucht es nun hier. Das führt natürlich zu sozialen Spannungen mit der Bevölkerung. Auf solche Weise ist in den 1980er-Jahren die Dahiye, also die südlichen Stadtteile von Beirut, entstanden, die heute als sogenannte Hochburg der Hizbollah gilt: Während des Bürgerkriegs sind Menschen aufgrund von Vertreibungen und Kriegshandlungen aus dem Südlibanon und der Bekaa-Ebene dorthin gezogen. Die aktuelle Problematik ist aber um ein Vielfaches größer: Städte, die außerhalb der gelben Linie liegen, wie Tyre und Nabatieh, gleichen Geisterstädten. Einst lebhaftes Viertel sind ausgestorben. Vor allem Tyre galt vor dem Krieg als Touristen- und Handelszentrum, das sogar Beirut Konkurrenz macht. Davon ist heute nichts mehr übrig.

Das Interview führte Imad Mustafa.

Die Situation der Vertriebenen im Libanon verschlimmert sich zusehends. Die medico-Partner:innen tun ihr Möglichstes, um die Menschen mit dem Nötigsten zu versorgen. Außerdem dokumentieren sie Angriffe und mögliche Kriegsverbrechen.

Spendenstichwort: Westasien/Nahost



Public Works
شبكة
العمل
مكة

KARTOGRAPHIEN DER ZERSTÖRUNG

DOKUMENTATION VON KRIEGSVREBRECHEN IM LIBANON

Seit Beginn des Krieges im Libanon im Oktober 2023 dokumentiert die medico-Partnerorganisation Public Works israelische Angriffe, Zwangsvertreibungsmaßnahmen sowie Brüche von Waffenruhen in detaillierten interaktiven Karten. In Forschungsberichten analysieren und veröffentlichen Stadtplaner:innen, Architekt:innen, Designer:innen und Rechtsexpert:innen die verheerenden Auswirkungen auf Land und Menschen, besonders im Süden des Landes.

Im Sommer dieses Jahres veröffentlichte Public Works in Zusammenarbeit mit medico den Bericht „Kartographien der Zerstörung“ auf Deutsch und Englisch. Dabei erfuhr die Dokumentation der israelischen Angriffe mit Phosphorgeschossen im Südlibanon eine besondere Aufmerksamkeit: Nationale und internationale Medien wie die SZ, der Standard, der Middle East Monitor oder The New Arab berichteten.

medico.de/libanon-bericht

Wie man teilt, was man nicht hat



Auch in Caracas stürzten Wohnhäuser ein.

Venezuela nach den Erdbeben – und inmitten der Geopolitik. Eine Reportage

Von Timo Dorsch und Jan Schikora

Die Reste eines Hochhauses winden sich noch Richtung Himmel. Der Großteil des Gebäudes ist verschwunden, schlichtweg in sich zusammengebrochen. Auf mehreren Wohntagen werden Toilettenräume sichtbar, die nun wie vertrocknete Pflanzen an der Abbruchkante des Gebäudes hängen. Die Räume davor sind in einer Trümmerwüste begraben, durch die sich ein Bagger mit riesigem Greifarm bewegt. Am Rande des mit rot-weißem Absperrband markierten Geländes stehen Menschengruppen im Schatten eines Baumes, die meisten von ihnen still, mit leerem Blick und in sich gekehrt, einige unterhalten sich leise. Hoffnung, noch Überlebende zu bergen, ist rund drei Wochen nach dem verheerenden Doppelbeben, das Venezuela am frühen Abend des 24. Juni verwüstete, kaum noch vorhanden. Dennoch harren die Menschen aus. Sie wollen Eltern, Geschwistern, Kindern, Freund:innen wenigstens ein würdiges Begräbnis bereiten und zugleich Gewissheit erlangen über deren Schicksal. Schmerz, Leid und Wut, das Unverständnis der ersten Tage – alles ist mittlerweile einer traurigen Apathie gewichen.

Mit Werten auf der Richterskala von 7,2 und 7,5 hat die in dieser kurzen Abfolge seltene Naturkatastrophe das Land erschüttert und in einen Schock- und Schreckenzustand gestürzt. Die Gewalt der Erde traf zehn der 24 Bundesstaaten. Aber nirgendwo war die Zerstörung so um-

fassend wie in La Guaira. Die Küstenregion ist ein landesweiter Sehnsuchtsort, über alle Klassen und Altersgruppen hinweg ein beliebtes Ausflugsziel im Norden von Caracas. Weil der 24. Juni ein Feiertag war, hielten sich noch mehr Menschen als sonst an der Küste auf. Innerhalb von kaum mehr als einer Minute fielen Hochhäuser wie Kartenhäuser in sich zusammen, Wohnanlagen und Sozialwohnungen wurden aus dem Boden gerissen und durcheinandergewürfelt. Um 18:06 Uhr Ortszeit glückte die Region einem Kriegsgebiet, über das ein Bombenteppich gelegt worden war.

Drei Wochen nach der Katastrophe und sechs bis acht Autostunden von La Guaira entfernt, treffen wir in der Großstadt Barquisimeto auf Andrés Peralta und Anderson Villanueva. Sie gehören dem seit 1968 bestehenden Kooperativenverbund Cecosesola an, der über 50 regionale Kooperativen vereint und der seinen rund 1.500 assoziierten Arbeiter:innen und mehr als 20.000 Mitgliedern eine Art Zuhause ist. Am Rande der wöchentlichen zentralen Versammlung von Cecosesola kreisen ihre Erinnerungen um die ersten Tage nach dem Schrecken. „Schon am Samstag nach dem Beben waren wir mit einer ersten großen Ladung Hilfsgüter vor Ort“, berichtet Andrés auf dem zentralen Gelände des Verbunds, wo sich mehrere große Markthallen aneinanderreihen. Sie sind das Herzstück der Kooperativen. Drei sol-

cher Orte unterhält Cecosesola in Barquisimeto, mehrere Zehntausend Familien decken sich hier auf den Wochenmärkten mit Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs ein. Cecosesola ist aus dem täglichen Leben der lokalen Bevölkerung nicht wegzudenken: Einst angefangen mit einem Bestattungsinstitut, unterhält Cecosesola mittlerweile auch eine Klinik mitsamt einem seinerzeit von medico international mitfinanzierten Kreiß-

saal. „Eines unserer Grundprinzipien ist das der Solidarität. Es war für uns keine Frage, ob wir helfen werden“, betont Andrés am Rande der kurz unterbrochenen Versammlung weiter. Die Versammlung an sich ist wohl der Ort, über den Cecosesola am besten begriffen werden kann. Über 3.000 von ihnen finden jedes Jahr statt. Sie ermöglichen den Mitgliedern eine Organisationsform ohne Chef:innen und Vorgesetzte – eine erstaunliche Kollektivierung von Wissen



Privatleben nach dem Erdbeben

und Fähigkeiten. „Wir sind organisierter als eine Bewegung und bewegter als eine Organisation“, sagten sie einmal selbst über sich.

Noch Wochen nach dem ersten Transport mit mehreren Tonnen Hilfsgütern in die Katastrophengebiete ist Anderson Villanueva sichtlich aufgewühlt davon, was er dort erlebt hat: „Am Ende war die Empathie unglaublich wichtig. Statt einem Essenspaket wollten viele Menschen einfach nur eine Umarmung oder ein tröstendes Wort. Manche von ihnen haben ihre ganze Familie verloren. Es war sehr schwer, das auszuhalten.“ Nach den Beben musste über eine Viertelmillion Menschen ärztlich versorgt werden, Tausende verloren ihre Wohnung. Bis heute – rund zwei Monate nach dem Beben – wurden offiziell über 6.500 Tote registriert, Tendenz steigend. Längst nicht alle Trümmer der rund 200 eingestürzten Hochhäuser wurden beseitigt. Und auch die Zahl der Vermissten bleibt unklar. Die UN hatte am Tag nach den Beben 50.000 vermisste Personen vermutet. Auf verschiedenen Suchportalen, die auf zivilgesellschaftliche Initiativen zurückgehen, rangieren noch immer Zahlen zwischen 25.000 und 40.000 vermissten Menschen. Gewissheit über die genaue Zahl der Todesopfer wird es wohl nie geben, denn viele Leichen werden im Zuge der Aufräumarbeiten mit schwerem Gerät schlichtweg niemals gefunden werden.

Verlust der Souveränität

Szenenwechsel. Auf der Überlandstraße zwischen der Hauptstadt Caracas und der Küstenregion La Guaira machen wir an einer Tankstelle halt. An einem Mast fixiert weißes Kreppband auf rotem Untergrund ein Plakat mit dem Gesicht von Jhonattan Lamus. „Hotel Santuario La Llanada“: sein letzter bekannter Aufenthaltsort. Wäre die venezolanische Regierung

nicht die, die sie ist, und wäre auch der US-amerikanische Machtapparat nicht der, der er ist, müsste Jhonattan nicht gesucht werden. Der 40-jährige venezolanische Staatsbürger saß im Deportationsflug Nummer 164, abgeschoben aus den USA, und wurde nach seiner Ankunft von den venezolanischen Behörden rechtswidrig in besagtem Hotel festgehalten. Über 100 weitere abgeschobene Venezolaner:innen sollen sich zum Zeitpunkt der Katastrophe in diesem und in weiteren Gebäuden befunden haben. De facto waren es Gefängnisse, aus denen es auch in der Katastrophe keinen Ausweg gab.

Seit dem 3. Januar 2026 ist die US-amerikanische und venezolanische Geschichte auf neue Weise miteinander verwoben. Der Naturkatastrophe ging ein politisches Beben voraus. Mit der US-amerikanischen Bombardierung von Caracas und der Küstenstadt La Guaira sowie der Entführung von Staatspräsident Nicolás Maduro und seiner Ehefrau Cilia Flores legte sich ein Schleier der Ungewissheit über das Land. Monatelang blieb unklar, welche Absprachen zwischen führenden Politiker:innen des venezolanischen Machtapparats und der US-Regierung getroffen wurden. Ende August zumindest dies: ein Abkommen über den Export von 65 Milliarden Barrel Öl an die USA. Eine Menge fast so groß wie die kompletten Ölreserven der Vereinigten Staaten. Abgewickelt werden soll das alles über ein privates Unternehmen. Schon in einem Artikel Mitte Juli urteilte die New York Times: „[US-Außenminister Marco] Rubio ist zum faktischen Vizekönig Venezuelas geworden und übt die Herrschaft über einen souveränen Staat in einer Weise aus, wie es kein amerikanischer Amtsträger mehr getan hat, seit L. Paul Bremer III. 2003 in Bagdad eintraf, um den von den USA besetzten Irak zu verwalten.“ Über Rubios Tisch sollen alle wichtigen Finanzgeschäfte Venezuelas laufen. Sein Büro bestimmt, wofür und für wen Einnahmen



Rattlosigkeit in der Küstenregion La Guaira

des Staates freigegeben werden – „eine Beziehung, die mit der von Eltern vergleichbar ist, die ihren Kindern Taschengeld geben“, so die NYT weiter – und welche Unternehmen künftig von den US-Sanktionen befreit im Land operieren dürfen. Zwar könnten dadurch korrupte Transaktionen innerhalb des venezolanischen Staatsapparats verhindert werden. Zugleich aber schafft sie eine fast komplette ökonomische Abhängigkeit der Interimsregierung von den USA. Interimspräsidentin Delcy Rodríguez wird derweil nicht müde zu betonen, welche wirtschaftlichen Fortschritte Venezuela mache, so auch nach dem jüngsten Erdöl-Deal, der, so Rodríguez, „erheblichen Einfluss auf die Wiederbelebung unserer Nation“ haben werde.

Für die aus den USA Abgeschobenen wie Jhonattan Lamus war diese Frage bereits bedeutungslos. Sie wurden zu manövrierbaren Objekten zweier Interessengruppen.

Selbstzersetzung

„Wir sind dabei, eine nordamerikanische Kolonie zu werden“, bemerkt der Theoretiker und Bewegungsaktivist Andrés Antillano in einem Café im Zentrum der Hauptstadt Caracas. Er klingt konsterniert. Mit am Tisch sitzt auch Antonio González, der als Soziologe für die kleine, aber bedeutsame Menschenrechtsorganisation Surgentes tätig ist. Das Café liegt

in einer belebten Straße, unweit politischer Wandgemälde aus einer Zeit vor der US-Übernahme, die die „antiimperialistischen Allianzen“ Venezuelas mit dem Iran und Russland zeigen. Antillano gehörte in den 2000er-Jahren selbst dem Chavismus an, bevor er ihm desillusioniert den Rücken kehrte. Heute ist er Teil der politischen Sammelbewegung Comunes. Für ihn sind Interimspräsidentin Delcy Rodríguez und ihr Bruder Jorge, der das Amt des Parlamentspräsidenten innehat, Technokrat:innen. Sie seien dem Glanz von Herrschaft und Einflussnahme zu nahe gekommen, um sich jemals wieder davon entfernen zu kön-

nen. „Sie haben“, so Antillano weiter, bevor er den nächsten Kaffee bestellt, „die nationale Souveränität aufgegeben, um an der Macht zu bleiben.“

Was sich seit dem 3. Januar auf makropolitischen Ebene vollzieht, liest sich wie ein kleines „How to Neoliberalism“ aus dem vergangenen Jahrhundert. So hat die venezolanische Regierung mit der Reform des Rahmengesetzes über Kohlenwasserstoffe vom 29. Januar nicht nur ausländischem Kapital den Zugang zum heimischen Rohstoffmarkt vereinfacht. Die Reform ermöglicht auch Verfahren, um Kon-



Freiwillige der medico-Partnerorganisation Cecosesola

flikte zwischen Privatunternehmen und dem Staat vor einem privaten internationalen Schiedsgericht auszufechten – ein Mechanismus, der in der Vergangenheit vor allem Firmen dazu diente, Staaten zu verklagen, wenn diese ihrem privatwirtschaftlichen Gewinnanspruch zuwiderhandelten.

Dennoch, führt Antillano an, haben sich wenigstens die Spielräume für die Opposition auf der Straße, in den Vierteln und auf dem Land zuletzt spürbar erweitert. So wurden knapp 3.000 politische Gefangene freigelassen, und man könne WhatsApp-Nachrichten versenden,

ohne Gefahr zu laufen, inhaftiert zu werden. Auch politisch oppositionelle linke Demonstrationen im Zentrum von Caracas sind wieder möglich, ohne ins Visier des repressiven Staatsapparats zu geraten. „Wir erleben eine Liberalisierung – allerdings ohne Demokratisierung“, so Antillano. Die Angst vor Geheimpolizei und Folter bleibt allgegenwärtig, zumal auch die sogenannten *Colectivos* mittlerweile weitgehend in den Staat integriert sind. Einst in Armenvierteln von Caracas als organisierte Antwort von unten zur Verteidigung der bolivarianischen Revolution gegründet, verhalten sie sich heute wie paramilitärische Verbände im



Vor fast sechs Jahrzehnten gründete sich der Kooperativenverband als Bestattungsinstitut.

Dienste des Regimes. Die Staatsgewalt, befürchtet Antonio González, könne jederzeit zugeschlagen, wenn der Druck von der Straße gefährlich würde, sei es für die Interessen der Interimsregierung oder für die der USA.

Dass die frühere Regierung von Nicolás Maduro sukzessive an Legitimität und Unterstützung aus der Bevölkerung verloren hat, liegt auch an ihrem repressiven Vorgehen gegenüber kritischen Positionen aus dem linken Lager. Daneben haben die einschneidenden Wirtschaftssanktionen der US-Regierung, die viele Menschen in Armut und Hunger trieben, dazu geführt, dass nach 2014 bis zu acht Millionen Venezolaner:innen ihr Land verließen, auch solche, die einst an die gesellschaftliche Veränderungskraft der bolivarianischen Revolution glaubten. „Die antiimperialistische Rhetorik einer internationalen Linken, wonach das Volk auf die US-Bombardierung hin massenhaft auf die Straße gegangen sei, ist völlig falsch“, kommentiert González trocken. Ganz im Gegenteil. „Nach der US-Invasion bestand bei vielen Menschen die Hoffnung, dass sich zwei Dinge ändern: die Lebensbedingungen und das Regime.“ Tatsächlich hat sich im Alltag der Menschen seitdem nicht viel verändert. Die Inflation grassiert ungebrochen, die Privilegien Weniger bestehen fort, während der Mindestlohn seit Maduros Amtszeit bei einem US-Dollar pro Monat stagniert. Ein Land liegt in Trümmern, und das nicht erst seit den Erdbeben.

Lebendige Solidarität

Die Tage nach den Beben waren aber nicht bloß von Trauer und Sorge um die Vermissten, sondern auch von großer Solidarität geprägt. Die spontane, gegenseitige Hilfe aus den Reihen der Bevölkerung war unmittelbar und umfassend. Menschen aus allen Ecken des krisengebeutelten Landes gaben nicht das ab,

was sie übrighatten, sie gaben etwas von dem, was ihnen sowieso fehlte.

Das durch die Katastrophe belebte Gemeinschaftsgefühl, die gelebte Solidarität und die Hilfe von unten zeugen von einer Gesellschaftsidee, für die die bolivarianische Revolution unter Hugo Chávez einst stand, das heute aber nur noch im Kleinen existiert. Es ist dieses Gesellschaftsversprechen, für das Menschen wie Andrés Antillano und Antonio González auch zukünftig geradestehen. Und es ist dieses Prinzip von Solidarität, das vor fast sechs Jahrzehnten zur Gründung von Cecosesola führte.



Timo Dorsch und Jan Schikora sind bei medico für die Arbeit in Südamerika zuständig. Kurz nach den Erdbeben bereisten sie die betroffene Region in Venezuela.

Cecosesola, ein krisenerprobter Verband von Kooperativen, leistet Nothilfe nach den Erdbeben. Dank zahlreicher Spenden kann medico die Verteilung von Lebensmitteln, Wasser, Medikamenten, Hygieneartikeln und Kleidung unterstützen.

Spendenstichwort: Nothilfe



Die Ziele waren immer unklar



Der österreichisch-afghanische Journalist Emran Feroz schreibt unter anderem für Die Zeit, Al Jazeera und The New York Times. 2017 erschien sein Buch „Tod per Knopfdruck“ über die Drohnen-Politik der USA, 2021 „Der längste Krieg. 20 Jahre War on Terror“.

Ein Gespräch mit Emran Feroz über 25 Jahre War on Terror und den Krieg in Afghanistan

Die US-Regierung führt Krieg: Nach außen militärisch und nach innen als Kulturkampf gegen Migrant:innen, Liberale und Linke. „Kriegsminister“ Peter Hegseth hat den Kreuzfahrerspruch „Gott will es“ auf seinem Bizeps tätowiert. Setzt sich da fort, was 2001 begann, als die damalige Regierung infolge der Anschläge vom 11. September zum Kreuzzug und dem War on Terror aufrief?

Der Krieg gegen den Terror war nie nur ein militärisch-geheimdienstliches Projekt, er war immer auch ein ideologisches Programm: Gut versus Böse, Christentum versus Islam, Demokratie versus Barbarei. Damit wurde die Büchse der Pandora geöffnet – mit fatalen Folgen. Der War on Terror sollte Menschen schützen, hat aber Hunderttausende unschuldige Opfer gekostet. Er hat den Terror nicht beseitigt, sondern massiv zu seiner Verbreitung beigetragen. Im Namen der Freiheit wurden schwere Kriegsverbrechen begangen. Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wurden auch in den eigenen Gesellschaften massiv abgebaut. Und Peter Hegseth, der Soldat in Afghanistan und im Irak war, ist Resultat dieses Programms. Als Neo-Kreuzzügler ist er noch ideologischer, als es die neokonservativen Falken der Bush-Regierung vor 25 Jahren waren.

Der Reihe nach: Welche neue politisch-strate-

gische Figur wurde mit dem War on Terror in die Welt gesetzt?

Die Terroranschläge des 11. September wurden nicht als kriminelle Akte, sondern als kriegerischer Angriff gewertet. Entsprechend hat die NATO den Bündnisfall ausgerufen, zum ersten und bis heute einzigen Mal. In dieser Logik erscheint es gerechtfertigt, mit der vollen Härte des Militärs gegen terroristische Vereinigungen oder Staaten, die terroristische Organisationen unterstützen, Krieg zu führen. Eines der ärmsten Länder der Welt wurde zum Feind erklärt, der die freie Welt angegriffen habe.

Am 7. Oktober begannen die USA mit ihren Verbündeten, darunter Deutschland, die Operation Enduring Freedom. Es sollte, so die Behauptung, ein sauberer Krieg sein, in dem die „bösen Kerle“, ihre Trainingslager und Infrastrukturen mit Hightech-Waffen präzise ausgeschaltet werden.

Gegen terroristische Strukturen kann man polizeiartige Einsätze durch Spezialeinheiten durchführen. Der Afghanistaneinsatz aber war ein umfassender Krieg. Das Problem dabei: Man wusste selten, wer und wo der Feind ist. Selbst bei hochrangigen Militärs herrschte große Unwissenheit, mit welchen Strukturen man es zu tun hat. So wurde Osama bin Laden ja auch erst zehn Jahre später geschnappt –

nicht in Afghanistan, sondern in Pakistan, einem der wichtigsten Verbündeten der Allianz des War on Terror. Immer wieder wurde behauptet, mutmaßliche Taliban-Kommandanten und -Führer oder auch Al-Qaida-Extremisten seien getötet worden. Als die Taliban im August 2021 Kabul wieder einnahmen, tauchten viele dieser „Geister“ plötzlich quicklebendig auf. Die Frage, wer an ihrer Stelle getroffen worden ist, wurde nie gestellt. Ich habe einen Fall recherchiert, in dem ein Taxifahrer durch einen Drohnenangriff getötet wurde, weil er unwissentlich einen als Geschäftsmann getarnten Taliban-Führer gefahren hat. Afghan:innen haben also immer mit vollem Recht gefragt, warum ihre Dörfer bombardiert wurden.

In der hiesigen Öffentlichkeit wurden die unzähligen zivilen Opfer, die der Afghanistan-Einsatz gekostet hat, ausgeblendet. Hast du deshalb das Erinnerungsprojekt „Drone Memorial“ ins Leben gerufen? Und warum der Fokus auf Drohnenopfer?

Drone Memorial ist eine virtuelle Gedenkstätte. Sie erinnert an Zivilisten, die im Rahmen des War on Terror vor allem in Afghanistan und von unbemannten Kampfdrohnen getötet wurden. Die Website gibt den Opfern, die in Nachrichten allenfalls in anonymen Statistiken auftauchen, ihren Namen zurück. Nach vielen Gesprächen mit Angehörigen von Drohnenopfern, aber auch mit ehemaligen Militärs bin ich zu dem Schluss gekommen, dass es keinen Fall gibt, in dem solch ein Einsatz gerechtfertigt ist. Eine Drohne, die zum Beispiel in Pakistan im Einsatz ist, wird von Luftbasen in den USA ferngesteuert. Den Teams ist oftmals überhaupt nicht bewusst, was für Ziele sie da beobachten, ob es tatsächlich Terroristen sind oder unbewaffnete Zivilisten. Das ist selbst eine Form des Terrors.

Im Zuge des War on Terror wurde die Figur des „feindlichen Kombattanten“ eingeführt, für den weder die Schutzrechte für Kriegsgefan-

gene noch die des nationalen Strafrechts gelten.

Die Definitionen, gegen was oder wen sich der Krieg richtet, wurden gezielt schwammig gehalten. Der Military-Aged-Male-Doktrin zufolge wird jede männliche Person im wehrfähigen Alter im Umfeld eines Luftangriffes als feindlicher Kombattant betrachtet, solange nicht Gegenteiliges bewiesen ist. Diese Doktrin macht Menschen pauschal zu etwas Feindlichem und Gefährlichem, dessen Tötung gerechtfertigt ist. Es

Mit seinem Vorgehen hat der Westen anderen Regierungen eine Steilvorlage geliefert. Letztlich hat der Krieg gegen den Terror Repression und Kriege in aller Welt normalisiert.

wurde ein rechtsfreier Raum geschaffen, in dem extralegale Tötungen an der Tagesordnung waren und Folter als angemessen galt. So entstand „Guantanamo“. Es handelt sich um eine Politik der Entmenslichung, die keine Unschuldigen mehr kennt.

Du hast den US-geführten Militäreinsatz immer wieder als strategischen Irrläufer kritisiert. Wie erklärst du dir das?

Natürlich waren da auch geopolitische Motive im Spiel. Aber man sollte die ideologische Dimension nicht unterschätzen: Henry Kissinger hat einmal Rachegefühle und Vergeltung als Motive für die Kriege genannt. Und die Figur des Demokratieexports in Verbindung mit einem liberalen Freiheitsversprechen war um die Jahrtausendwende Glaubenssatz und mil-

liardenschweres politisches Instrument zugleich. Hinzu kommen die Interessen des militärisch-industriellen Komplexes. Dieser braucht einen „Feind“ und profitiert von einem möglichst langen Krieg, in dem er Waffen entwickeln, liefern und testen kann. So wurden schon am ersten Tag des Afghanistan-Einsatzes bewaffnete Drohnen eingesetzt – zum ersten Mal überhaupt.

Zur deutschen Rolle: Nach den Anschlägen vom 11. September versprach Bundeskanzler Gerhard Schröder den USA „uneingeschränkte Solidarität“. Der Bundestag beschloss, wenn auch mit hauchdünner Mehrheit, eine Beteiligung der Bundeswehr an dem Militäreinsatz. Warum?

Die deutschen Regierungen wollten Loyalität gegenüber den USA beweisen, aber auch eigene militärische Handlungsfähigkeit demonstrieren. Damit wollten sie sich von dem Image der reinen „Zivilmacht Deutschland“ befreien, das die Jahrzehnte bis zur deutschen Vereinigung geprägt hatte. Aber eigentlich war nie klar, was die genauen Kriegsziele waren.

Außenminister Peter Struck verkündete 2002, „die Sicherheit Deutschlands werde auch am Hindukusch verteidigt“. Diese Bundesregierung stellte den Einsatz immer auch als Befreiungs-, Demokratisierungs- und Zivilisierungsmission dar. Gleichzeitig rief die unklare Trennung zwischen der UN-mandatierten Stabilisierungsmission ISAF und dem US-geführten Antiterrorereinsatz OEF scharfe Kritik hervor.

In Deutschland wurde die Erzählung, dass es um Wiederaufbau und Friedenssicherung gehe, besonders stark gemacht. Damit sollte Zustimmung gewonnen werden. So wurde die Mär von der „Befreiung der afghanischen Frau“ rauf und runter erzählt. Die Medien haben das Spiel mitgespielt und darüber berichtet, dass Frauen den Sturz der Taliban feiern oder eine Mädchen-

schule eingeweiht wird. Solche Bilder gab es in der Tat, aber sie stammten meist aus Kabul oder Provinzhauptstädten. Gleichzeitig wurden die Menschen auf dem Land bombardiert und willkürlich verhaftet. Dass es der westlichen Allianz nicht in erster Linie um den zivilen Aufbau

Es ist eine Politik der Entmenschlichung, die keine Unschuldigen mehr kennt.

und Demokratisierung ging, sieht man schon daran, dass man sich mit Warlords, die schwere Kriegsverbrechen begangen hatten, und brutalen Drogenbaronen verbündete und sie zu den Stützen eines „neuen Afghanistans“ machte. Mit solchen Leuten verwirklicht man keine Menschen- und Frauenrechte.

Du sprichst von der „Mär der Befreiung der afghanischen Frau“. Aber sind nicht auch emanzipatorische Prozesse in Gang gekommen? Das zeigt sich doch daran, dass die Taliban nach der neuerlichen Machtübernahme gerade deren Rechte wieder massiv beschneiden, der Europäische Gerichtshof urteilte 2024, dass allein das Geschlecht und die afghanische Staatsangehörigkeit ausreichen, um afghanischen Frauen in der EU den Flüchtlingsstatus zuzuerkennen.

Zu Recht stehen heute wieder die Bildungsverbote der Taliban für Mädchen und Frauen im Fokus. Aber welche Bildungschancen waren vor 2021 wirklich geschaffen worden? Die renommierte US-Journalistin Asmat Khan hat herausgefunden, dass es 2011 in Afghanistan über 1.100 sogenannte Geisterschulen gab: Schulen also, die nur auf dem Papier existierten oder nichts

anderes waren als leerstehende Gebäude irgendwo im Land – für die NGOs aber Projektgelder und korrupte Beamte enorme Schmiergelder kassiert hatten. Der sogenannte Westen hat eine Kleptokratie gestützt und einen extrem korrupten Staat geschaffen. Es gab von 2001 bis 2021 in Afghanistan positive Entwicklungen. Aber die wurden von Afghan:innen selbst in Gang gebracht. Was oft ausgeblendet wird: Es gab bereits in dem Land in den 1960er-Jahren ein demokratisches Zeitalter unter dem letzten König, Mohammad Zahir Shah. Und 2001 wussten die Menschen auch ohne die NATO, dass Frauenrechte und Wahlen wichtige Errungenschaften für eine Gesellschaft sind.

medico hat die zivile Mission im Kontext des Militäreinsatzes immer kritisiert, gleichzeitig aber danach geschaut, wo sich Räume öffnen, in denen sich die afghanische Zivilgesellschaft organisiert.

Weite Teile der afghanischen Zivilgesellschaft kritisierten bereits sehr früh den Zusammenschluss des Westens mit Warlords, Kriegsverbrechern und religiösen Extremisten. Man hat sie allerdings bewusst aus den meisten politischen Prozessen ausgeschlossen und bis zuletzt nicht auf sie gehört. Viele waren naiv, andere haben sich bereichert.

Infolge des War on Terror haben viele Staaten das Ticket „Terrorbekämpfung“ für eigene Kriege, zur Verfolgung von Oppositionellen oder zur Unterdrückung von Aufständen genutzt. 2009 hat etwa das sri-lankische Regime – kaum hatte die EU die tamilische Rebellenorganisation LTTE auf die Terrorliste gesetzt – ein Massaker an Zehntausenden Tamil:innen verübt, im Namen des Krieges gegen den Terror.

Mit seinem Vorgehen hat der sogenannte Westen anderen Regierungen eine Steilvorlage geliefert. Putin hat seine Kriege häufig als Maßnahmen gegen Terroristen begründet und in

Syrien hat das Assad-Regime in der gleichen Logik die eigene Bevölkerung abgeschlachtet. Diese Spur führt bis zum Genozid in Gaza. Letztlich hat der Krieg gegen den Terror Repression und Kriege in aller Welt normalisiert und der sogenannte Westen seine Glaubwürdigkeit verspielt.

Der Krieg gegen den Terror wurde auch im Inneren geführt. So sind seit 2001 und infolge weiterer Anschläge wie 2004 in Madrid, 2005 in London oder 2015 in Paris sicherheitspolitische Maßnahmen beständig verschärft worden.

Der War on Terror ist in Form von Massenüberwachung, Einschränkung von Persönlichkeits-

Es wurde ein antimuslimischer Rassismus geschürt, der bis heute wirkt und längst auch die Migrationspolitik bestimmt.

rechten, erweiterter Befugnisse der Nachrichtendienste, intensiviertem Informationsaustausch zwischen Sicherheitsbehörden und vielem anderen in unserem Alltag verankert. Die Sicherheitsbehörden sind quasi damit kontaminiert. Wir wissen das eigentlich seit der NSA-Affäre rund um Edward Snowden. Heute wird allerdings kaum noch darüber gesprochen, während mit der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz und Programmen wie Palantir noch viel weitreichendere Überwachungstechnologien zunehmend unseren Alltag dominieren.

Entspricht die Figur des „feindlichen Kombattanten“ im Ausland der des „Schläfers“, später des „Gefährders“ im Inneren?

Ja, im Zuge des War on Terror wurden muslimische Männer unter Generalverdacht gestellt. Das hat die Wahrnehmung der Mehrheitsgesellschaft von Muslim:innen verändert. Es gab darin zwar auch Abstufungen: Als Kind afghanischer Eltern in Österreich war ich infolge von 9/11 plötzlich nicht nur für die weißen, bürgerlichen Kinder „der Taliban“ oder Terrorist – meine türkischstämmigen Klassenkameraden haben da miteingestimmt. Insgesamt aber wurde ein antimuslimischer Rassismus geschürt, der bis heute wirkt und längst auch die Migrationspolitik bestimmt.

Der Verdacht trifft sogar die afghanischen Ortskräfte und Menschen, die sich für Menschenrechte oder Demokratie eingesetzt haben: Tausende von ihnen sind entgegen der Schutzversprechen nicht nach Deutschland geholt und damit den Taliban ausgeliefert worden.

Deutschland verhält sich da leider noch viel schändlicher als andere. Selbst die USA haben sich zwischenzeitlich flexibler gezeigt, Leute zumindest in Zwischenstaaten in Sicherheit zu bringen. Die deutsche Bürokratie hingegen hat Anträge verschleppt und vor allem das Bundesinnenministerium hat aktiv Einreisen blockiert. Gleichzeitig wird mit den Taliban kooperiert – allein mit dem Ziel, möglichst viele Menschen nach Afghanistan abschieben zu können. Dies wird nun fortgesetzt. Selbst jene Menschen, die 2021 evakuiert wurden, sind nun gefährdet. Nach dem Ablauf ihrer Visa ist nicht klar, ob sie überhaupt bleiben dürfen.

Vor fünf Jahren endete der Afghanistan-Einsatz im Fiasko. Das Land wurde den Taliban praktisch wieder übergeben. Welche Spuren hat der War on Terror im Land hinterlassen?

Die Taliban sitzen fest im Sattel und verbreiten ihre Ideologie. Das Bildungssystem wurde talibanisiert, die Medien werden streng kontrolliert. Menschenrechtsarbeit ist im Land kaum noch

möglich. Als vor Kurzem Frauen in Herat gegen die Kleidervorschriften protestiert haben, wurde das sofort brutal unterdrückt. Gleichzeitig will man sich bei alldem nicht mehr auf den Westen verlassen. Die meisten Menschen fühlen sich verraten. Egal, ob sie sich heute in den USA, Europa, Iran oder Pakistan aufhalten.

Vor zwei Jahren hat die Enquete-Kommission des Bundestages ihren Zwischenbericht „Lehren aus Afghanistan“ vorgelegt. Darin wird Deutschlands Rolle als verlässlicher Bündnispartner und Truppensteller herausgestellt. Die eigenen Sicherheitsaspekte stehen im Vordergrund, während afghanische Perspektiven weiterhin hintenanstehen. Welche Form der kritischen Aufarbeitung ist nötig?

Eine aufrichtige. Wie viele Kriegsoffer gab es? Wer war, abgesehen von den Taliban und Co., dafür verantwortlich? Was ist mit all den Hilfgeldern passiert? Warum werden korrupte Politiker:innen, die ihr Geld außer Landes geschafft haben und sogar in Deutschland investieren, nicht zur Rechenschaft gezogen? Und warum genau wurde 20 Jahre lang Krieg geführt, wenn am Ende die Taliban einfach wieder an die Macht zurückkehrten? Was hat all das gebracht? Es gibt auch deshalb keine Antworten, weil man nicht nach ihnen suchen will. Denn man weiß, dass es sich um eine einzigartige historische Blamage handelt.

Die Fragen stellten Imad Mustafa und Christian Sälzer.

medico aktiv

Noch immer aktuell

Plakatkampagne fordert Gesundheit für alle

Krankmachende Arbeitsbedingungen, ungesunde Wohnverhältnisse: Das Recht auf Gesundheit ist zwar ein Menschenrecht. Und doch wird es jeden Tag millionenfach verletzt. Weil sie sich ihre Behandlung nicht leisten können, stürzen jährlich weltweit bis zu 100 Millionen Menschen in Armut. Die Folge: Gesundheit ist längst eine Ware, die man sich leisten können muss. Die daraus resultierenden, in der Corona-Pandemie offenkundig gewordenen Probleme sind indes wieder erfolgreich verdrängt worden. Von Chile über die Philippinen bis nach Kenia kämpfen medico-Partner:innen schon lange gegen eine neoliberale Sparpolitik, die Armut verschärft und soziale Infrastrukturen zerstört. Auch hierzulande greift die Bundesregierung aktuell in die Lebensgrundlagen Hunderttausender ein: Attestpflicht ab dem 1. Krankheitstag, die Grundversicherung als Armutsfalle, neue Hürden für die Psychotherapie. Das Recht auf Gesundheit ist nicht teilbar: Mit einer kleinen Plakatkampagne erinnert medico an diesen alten, aber brandaktuellen Gedanken. Die Materialien können kostenlos bestellt werden unter:

medico.de/gesundheits



Kalte Zeit

Stiftungssymposium zu den Ambivalenzen der Empathie

Ein zentrales Instrument autoritärer Politik ist es, Empathie und Mitgefühl sprichwörtlich den Krieg zu erklären. Diese Entwicklung war Ausgangspunkt für das diesjährige Symposium der Stiftung medico international. Die Debatten der restlos ausgebuchten Tagung im medico-Haus machten aber auch einsichtig, dass autoritäre Kräfte die Empathie nicht einfach verwerfen. Sie gilt jedoch nur selektiv: Man richtet sich in starken Gefühlsgemeinschaften ein und mobilisiert diese durchaus über das Mitgefühl untereinander – man denke nur an die Beerdigung des ultrarechten Aktivisten Charlie Kirk in den USA. Allen Nicht-Zugehörigen wird sie indes verwehrt. So gehen soziale Kälte und neu gestiftetes Gemeinschaftsgefühl Hand in Hand. Die nationalen, religiösen oder weltanschaulichen Kollektive schlagen die Idee des Menschen und der Menschheit. Die Empathielosigkeit gegenüber „den Anderen“ bildet denn auch die Basis für Maßnahmen wie der Aufkündigung von Unterstützungen im Gesundheits- und Sozialbereich, Deportationen, unterlassene Hilfeleistung oder Entrechtung. Warum Empathie allein dennoch keine Abhilfe schafft, was wir von Menschen lernen können, die autoritäre Regierungen überstanden haben und warum wir dringend wieder über die Idee der Solidarität sprechen müssen, die sich auf Normen und Vereinbarungen gründet – darauf geben die Vorträge einige Antworten. Sie sind abrufbar unter:

stiftung-medico.de/symposium

Bauend schreiten wir voran

Eine zapatistische Klinik in Mexiko

Von Landraub über andauernde Gewalt bis zum Ausschluss vom Bildungssystem: Die Diskriminierung indigener Gemeinden Gesundheit im mexikanischen Bundesstaat Chiapas hat eine lange Tradition, der Widerstand allerdings auch. Die Geschichten der in den 1990er-Jahren entstandenen zapatistischen Bewegung, die sich seither für Autonomie und die Verwirklichung gleicher Rechte einsetzt, gingen um die Welt und inspirierten nicht zuletzt die globalisierungskritische Bewegung. Die zapatistische Selbstverwaltung existiert bis heute. Der globalen Perspektivlosigkeit und dem Erstarren des organisierten Verbrechens in Mexiko stellen die Zapatistas seit Winter 2023 eine neue Initiative gegenüber: „El Común“, das Gemeingut und Gemeinschaftliche. Gemeingüter sind für alle da, so auch die neue „Klinik für alle“, die die zapatistischen Gemeinden mitten im Regenwald bauen: Gynäkologie, Labor, zahnärztliche Versorgung. medico unterstützt den Bau des Krankenhauses mit einer großen Spendenkampagne.

medico.de/klinik-fuer-alle

Spenden & Stiften

In krisenhaften Zeiten braucht es Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung: **medico** und die Partnerorganisationen weltweit sind nicht ohne kritische Wegbegleiter:innen zu denken. Mit einer Spende, Fördermitgliedschaft oder Zustiftung können Sie unsere Arbeit solidarisch unterstützen. Vielen Dank!

Spende an „medico international“ – da, wo es am nötigsten ist, oder mit einem themenbezogenen Spendenstichwort.

Spendenaktionen selber planen und im Freundeskreis sammeln oder **Spenden verschenken!**

Sie erhalten automatisch eine **Jahresspendenbescheinigung**. Auf Wunsch stellen wir auch direkt eine Einzelspendenbescheinigung aus.

Ausführliche Informationen finden Sie unter: **medico.de/spenden**

FÖRDERMITGLIEDSCHAFT: Ihre Fördermitgliedschaft ermöglicht es uns, mit unseren Partnerorganisationen weltweit langfristig und nachhaltig zusammenzuarbeiten. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken.

medico.de/foemi

STIFTER:IN WERDEN: Mit einer Zustiftung oder einem Darlehen an die medico-Stiftung ist Ihr Geld solidarisch im Einsatz und sichert die Unabhängigkeit von medico. Die Stiftung fördert aus ihren Erträgen jährlich viele Partnerorganisationen des medico-Vereins.

stiftung-medico.de

TESTAMENTSPENDE: Sie können sowohl den Verein als auch die Stiftung medico international testamentarisch oder durch eine Zuwendung aus ererbten Vermögen bedenken. Beide medico-Organisationen sind als gemeinnützig anerkannt und dadurch von der Erbschafts- und der Schenkungssteuer befreit.



SPENDENKONTO MEDICO INTERNATIONAL DE69 4306 0967 1018 8350 02

MIT MEDICO IN KONTAKT

Umzug, Bankänderung oder eine neue E-Mail-Adresse? Online eintragen und mit medico in Kontakt bleiben:

medico.de/spendenservice

FRAGEN & ANREGUNGEN:

Vivien Kaplan & Mirjam Kuchinke

Zentrale und Kommunikation

Tel.: [069] 944 38-0, info@medico.de

SPENDEN & KOMMUNIKATION:



Gudrun Kortas

Beratung zu Zustiftungen und Testamentsspenden

Tel.: [069] 944 38-28

kortas@medico.de



Janne Reuver

Spender:innenkommunikation

Tel.: [069] 944 38-64

reuver@medico.de



Johannes Richter

Spender:innenkommunikation

Tel.: [069] 944 38-71

richter@medico.de



Carlos dos Santos

Spendenverwaltung und Geldauflagen

Tel.: [069] 944 38-52

spenden@medico.de

BESTELLEN & VERBREITEN

Bestellen Sie kostenlos das medico-rundschreiben sowie aktuelle Broschüren, Plakate und Flyer – gerne auch in größerer Stückzahl zum Auslegen und Verteilen.

Auf unserer Website finden Sie alles zum Bestellen oder Herunterladen:

medico.de/material



IN VERBINDUNG BLEIBEN

Das medico-rundschreiben erscheint viermal im Jahr und kann kostenlos abonniert werden. Im Blog mischen wir uns in Debatten ein. Unser Newsletter hält Sie auf dem Laufenden, über unseren Telegram-Kanal bekommen Sie Neuigkeiten direkt aufs Handy und in den sozialen Medien finden Sie uns auf der Plattform Ihrer Wahl.

medico.de/verbinden



VON NUN AN GING'S BERGAB

Blick zurück: das rundschreiben 3/2001



„Eine andere Welt ist möglich!“. Der zentrale Slogan der Globalisierungsbewegung geht um die Welt. Kein world-event mehr ohne dass die beteiligten Wirtschaftler und Politiker in Grund und Boden denunziert werden. Eine manifeste Legitimationskrise des neoliberalen Wirtschaftssystems. Eine neue Verweigerung gibt den Ton an“, heißt es im medico-rundschreiben 3/2001, in dem auf die „Empire“-Theorie von Michael Hardt und Antonio Negri verwiesen wird und wo Naomi Klein ihren globalisierungskritischen Bestseller „No Logo“ vorstellte. In den Jahren zuvor hatte sich im Norden wie im Süden eine Bewegung erhoben, die der neoliberalen Globalisierung den Kampf ansagte. 1999 kam es auf der WTO-Konferenz zur „Schlacht von Seattle“, 2001 fand in Porto Alegre das erste Weltsozialforum statt. medico stellte eigens einen Mitarbeiter ab.

Dann kam Genua. Am 18. und 19. Juli 2001 trafen sich im Palazzo Ducale die G8: Wladimir Putin, Silvio Berlusconi, Gerhard Schröder und George W. Bush noch in trauter Eintracht. Doch sie waren nicht alleine. In Genua versammelten sich auch 300.000 Aktivist:innen. Ihr Slogan: „Ihr G8, wir sechs Milliarden.“ Allerdings waren da auch 20.000 italienische Sicherheitskräfte. Die Staatsgewalt drehte frei. Der junge Demonstrant Carlo Giuliani wurde von einem Carabinieri erschossen, unzählige weitere schwer verletzt, misshandelt, gefoltert. Die faschistische Gewalt der Carabinieri traumatisierte eine ganze Bewegung. „Genua“ begann als Höhepunkt des Widerstands – und wurde zum Wendepunkt. Wenige Wochen später folgten der Terroranschlag des 11. September und der Afghanistan-Krieg. Das neue Zeitalter des „War on terror“ begann. In den Worten von Hildegard Knef: „Von nun an ging's bergab.“

Am 18. Juli 2026, genau 25 Jahre später, findet im Palazzo Ducale, das heute ein Kulturzentrum ist, wieder eine Art Forum statt. Sogar eine medico-Mitarbeiterin ist wieder vor Ort, wenn auch in privater Mission. Unter dem Titel „No Kings“ versammeln sich Kriegsgegner:innen aus ganz Italien. Und wieder geht es auf die Straße. Etwa 10.000 Menschen erinnern an die Gewalt von Genua und fordern gleichzeitig ein Ende der heutigen Kriege. Wir waren mal mehr. Die Gewalt hat bis auf weiteres die Oberhand.



Das rundschreiben erscheint seit 1982, Ausgaben seit 1999 finden sich digital unter medico.de/rundschreiben-archiv

VERANSTALTUNGSHINWEISE

Alle Termine:
medico.de/veranstaltungen



30. SEP

19.00 UHR WEM GEHÖRT DIE ZUKUNFT

NS-DOKUMENTATIONSZENTRUM | MÜNCHEN

Podiumsdiskussion mit Eva von Redecker und Sabine Nuss
zu Eigentum, Verlustangst und dem neuen Faschismus

10. OKT

14.00 UHR WESSEN RECHT ZÄHLT?

CHREN | NÜRNBERG

80 Jahre Nürnberger Prozesse – Aktuelle Kämpfe für Gerechtigkeit & Solidarität. Mit Markus Krajewski, David Yambio, Miriam Saage-Maaß, Nikita Dhawan, Charlotte Wiedemann, Hadi Marifat, Imad Mustafa und Esther Dischereit

15. OKT

19.00 UHR CLÍNICA PARA TODXS

AQUARIUM | BERLIN

Wie eine Klinik für alle in Chiapas kollektive Fürsorge denkbar macht. Veranstaltung zur Spendenkampagne mit: Victórico Gálvez Pérez, Pablo Uc, Felicitas Treue und medico international

MEDICO-YOUTUBE-KANAL

21. SEP

19.00 UHR DR. GABOR MATÉ

im Gespräch mit
medico international

WENN TRAUMA
UND POLITIK
AUFEINANDER-
TREFFEN:
DEUTSCHLAND,
PALÄSTINA UND
ISRAEL

+++ LIVESTREAM +++



CLÍNICA PARA TODOS



Deine Spende hilft beim
Bau einer Klinik für
alle im mexikanischen
Regenwald. Mach' mit!



medico.de/klinik-fuer-alle



medico international